

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 10/11 2004

Einwanderungsbedingter Zweifrontenkrieg

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15



Jean-Jacques
Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

In der Schweiz hat ein demografischer Paradigmawechsel stattgefunden, und fast niemand, weder eine breite Öffentlichkeit, noch die Medien, noch die grossen politischen Parteien, noch die wirtschaftliche und politische Elite scheint ihn zur Kenntnis zu nehmen!

Während in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts das demografische Problem einzig in einer massiv überhöhten Einwanderungsrate bestand, ist nun gewissermassen ein Zweifrontenkampf entstanden: nicht nur geht die Einwanderung fast unvermindert weiter, die einheimische Geburtenziffer ist auf einen Stand abgesunken, der für die Erhaltung der Bevölkerung (und damit der Volkswirtschaft)

POSTCODE 1
AZB 5332 Rekingen

auf längere Sicht völlig ungenügend ist. Dieses bildet das zeitgenössische Hauptproblem. Stattdessen streitet man sich über eine angebliche Staatskrise und Dinge, die gar nicht aktuell sind und nur von den echten Schwierigkeiten ablenken!

Es ist zudem falsch, wenn gewisse Leute sich zwar heute vordergründig gegen zu viel Einwanderung stellen, die diesbezügliche Politik der Schweiz der Sechziger-

jahre jedoch verteidigen, nur weil wir damals keine Schwierigkeiten mit der Arbeitslosigkeit hatten. Sie wenden sich nur gegen schlecht assimilierbare, nicht in unseren Arbeitsmarkt passende Einwanderer, vornehmlich Asylsuchende, meinen aber, andere, beruflich gut Qualifizierte hätte unser Land nötig. Gegen sie sei nichts einzuwenden. Sie würden zu einem Wirtschaftswachstum beitragen, das unser Land dringend nötig habe und alle unsere Schwierigkeiten überwinden würde. Dem ist klar zu widersprechen. Ein journalistischer Kommentator hat kürzlich sogar geschrieben, jene Zeit sei die beste der ganzen Schweizer Geschichte gewesen, nur weil wir «kurzfristig» auch keine Schwierigkeiten mit den Finanzen hatten! Der Mann hat ein sehr kurzes Gedächtnis! In den Sechzigern hatten wir – bedingt durch die massive Einwanderung! – unter anderem zum Beispiel eine grosse Wohnungsnot. Wir haben damals einfach Reserven verbraucht!

Unbequeme Erkenntnis

Hauptproblem der Einwanderung ist aber die Umwelt! Es ist eine banale biologische Erkenntnis, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Bevölkerungsdichte und den ökologischen (oder Umwelt-) Problemen eines Gebiets. Die Erkenntnis ist allerdings unbequem, weshalb sie gerne politisch unterdrückt oder totgeschwiegen wird. Nicht etwa nur die Überfremdung ist ein Problem, auch dasjenige einer zu hohen Bevölkerungsdichte, die Überbevölkerung! Sie ist sogar ein sehr viel nachhaltigeres und damit schwerer wiegendes!

In den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts wurde die Schweiz von einer Einwanderungswelle überrollt. Die massive Einwanderung war damals das ausschliessliche demografische Problem; denn die Schweizer Geburtenziffer bewegte sich in einem Bereich, der ohne weiteres ausgereicht hätte, Bevölkerungsgrösse und Volks-

Rettet den «Schweizer Demokrat»

Liebe Gesinnungsfreunde

Wie Sie sicher bemerkt haben, war es uns unmöglich, im Monat Oktober eine Ausgabe des «Schweizer Demokrat» herauszugeben. Dafür möchten wir uns in aller Form entschuldigen. Doch bereits Ende September waren sämtliche Einkünfte aus den Abonnements und Spenden restlos aufgebraucht. Wir konnten es nicht riskieren, massiv Schulden zu machen und so immer mehr in die roten Zahlen zu gleiten.

Die Zukunft unserer Partei liegt in Ihren Händen!

Die Lage ist dramatisch. Es fehlen uns mindestens 50'000 Franken um den Fortbestand unserer Parteizeitung und letztendlich unserer heimatstreuen Bewegung zu sichern. Wir sind deshalb dringend auf Ihre finanzielle Opferbereitschaft angewiesen. Jede Spende, ob gross oder klein, hilft uns politisch zu überleben. Sollte unsere Partei den Jahreswechsel nicht überleben, gibt es wohl nächstes Jahr auch kein Referendum gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs mit den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Zentralpräsident Rudolf Keller, e. Nationalrat/Landrat, Frenkendorf
Zentralsekretär Bernhard Hess, Nationalrat, Chefredaktor, Bern

wirtschaft in harmonischer Weise ungefähr konstant zu halten. Die Opposition der Nationalen Aktion war deshalb sowohl ökologisch wie staatspolitisch richtig und zunächst auch erfolgreich. Das Schweizer Bevölkerungswachstum betrug – einwanderungsbedingt – im Jahrzehnt der Sechziger 15%, um im Jahrzehnt danach unter dem politischen Druck der NA auf 1(ein) Prozent abzusinken! Zwar half auch eine milde Rezession zu mehr Vernunft. Aber man darf gar nicht daran denken, was ohne politischen Druck passiert und die Einwanderung im Sechzigerjahre-rhythmus weiter vonstatten gegangen wäre!

Arbeitskräfte aus dem Ausland

Leider wurde die bevölkerungspolitische Vernunft später wieder verlassen. Heute haben wir nicht nur eine weiter andauernde Einwanderungsbewegung, sondern auch noch eine einheimische Geburtenziffer, die für die oben erwähnte Funktion völlig ungenügend ge-

worden ist! Aus beruflichen Gründen weiss ich, dass heute viele junge Schweizer in kinderlosen Konkubinaten wohnen, während vor allem Eingebürgerte und Ausländer Familien haben. Demografisch hat sich ein vollständiger Paradigmawechsel vollzogen. Dass

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Warum ständiges Wirtschaftswachstum?
- 3 Wie Menschenschmuggler vorgehen
- 4 Verrat am Schweizer Volk
- 6 Leben und Umwelt
- 7 SD Bern gegen Ausländerstimmrecht
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Einwanderungsbedingter Zweifrontenkrieg

Fortsetzung von Seite 1

zuerst die gesetzliche Erleichterung der Abtreibung durchgezogen werden musste, bevor die grossen Medien begannen, das Problem zu thematisieren, macht die Dinge auch nicht besser. Besonders die Sicherung der AHV ist für die Zukunft äusserst fraglich. Trotz andauernder Einwanderungsbew-

gung wird das Verhältnis Berufstätige zu Rentenbezügern immer ungünstiger, und der Berg von alten Leuten, der durch die Masseneinwanderung der Fünfziger- und Sechzigerjahre entstanden ist, steht kurz vor der Pensionierung. Der Bevölkerungsaufbau ist sehr unharmonisch!

Hinter dem allgemeinen Ruf nach so genanntem Wachstum ist ebenfalls ein grosses Fragezeichen zu setzen! Wirtschaftswachstum ohne

Arbeitskräfte, die im Übrigen nur aus dem Ausland kommen können, ist nicht möglich, auch wenn in sich selbst widersprüchliche Schlagworte wie «qualitatives Wachstum» herumgeboten werden. Selbst materiell und finanziell ist die Sache fragwürdig, oder, wie sich kürzlich ein Bürger ausdrückt hat: der Kuchen wird zwar grösser, es gibt aber auch mehr Esser! Hauptproblem bleiben aber die Umwelt und die natürlichen

Lebensgrundlagen. Die erhöhte Bevölkerungsdichte verschlechtert die Lebensqualität. Hohe Bevölkerungsdichten generieren übrigens zum Beispiel auch mehr psychische Störungen und Kriminalität. Aber solche Erkenntnisse sind eben politisch unbequem! Aber selbst eine reine Wirtschaftsexpansion wäre ökologisch fragwürdig; denn dann nimmt die belastende wirtschaftliche Tätigkeit (und der Konsum!) pro Flächeneinheit zu!

Warum ständiges Wirtschaftswachstum?

Beim wachsenden Gesamtwissen in der Menschheit wächst das Wissen des einzelnen Menschen kaum mit, es spezialisiert sich und wird in wichtigen Belangen immer unwissender. Das sieht man auch im Wirtschaftsleben. Alle politischen Parteien und Wirtschaftsverbände verlangen unisono ein fragwürdiges Wirtschaftswachstum. Schon lange wird nicht mehr nach Bedarf fabriziert und Arbeit geleistet. Das geschieht auf Halde (Lager). Dann wird mit einer überrissenen Reklame-Flut ein unnatürliches Bedürfnis danach geweckt. Wenn auch damit die Halde meistens nicht mehr abgebaut werden kann, wird auf einen andern Artikel umgestellt oder die Fabrikation auf ein Billigland umgestellt, um noch eine Zeit lang im Markt zu bleiben. Ein für jedermann auffälliges Beispiel ist der Automarkt. Warum so? Da sind hauptsächlich zwei gut verschleierte Gründe schuld:

1. Die Gratisnatur

Die Erde, also der Boden, die Bodenschätze wie Wasser, Metalle, Erdöl, Kohle, Kies und der Urwald, aber auch die saubere Luft, das Klima gehören im Prinzip allen Bewohnern, also den Menschen, Tieren und Pflanzen, weil sie diese zum Leben brauchen. Aber dies alles ist wie in einem Selbstbedienungsladen frei und gratis zu haben. Man kann dabei jeden Missbrauch, Luftverschmutzung und Klimaerwärmung betreiben, ohne hierfür eine Rechnung oder Strafe zu gewärtigen. In ganz grossem Mass ist es reichen Einzelpersonen oder Firmen und Trusts möglich.

2. Das Geld

Seit Jahrhunderten wird also nicht mehr nach Bedürfnis produziert und gearbeitet, sondern nach dem Drang, sogar Gier nach Geld. Die Erfindung des Tauschmittels Geld (vor Jahrtausenden angefangen

mit Muscheln, Schmucksteinen, Silberplättchen usw.) war wohl die grösste, segenvollste Erfindung aller Zeiten. Damit konnte der mühevoll Tausch Ware gegen Ware, Arbeit gegen Ware usw., zu meist unpassender Zeit überwunden werden. Damit konnte nicht nur für jede Ware und Arbeitsleistung ein Wertmassstab erstellt, sondern der Handel wesentlich erleichtert werden. Damit wurde erst die ganze Entwicklung von Kultur, Handwerk, Wissenschaft, Technik, Kunst, Verkehr und damit der Ausgleich von Notzeiten ermöglicht.

Aber als Menschenwerk ist nichts vollkommen. Es hatte nebenbei den anfangs sicher kaum beabsichtigten Vorteil, dass das Geld auch bequem, beliebig lang auf kleinstem Raum aufbewahrt werden konnte. Das war anfangs bei jenen kleinen Mengen noch nicht so tragisch, wirkte sich aber mit dem Wachsen der Wirtschaft immer verhängnisvoller aus. Die grössten Vermögen, für die man sonst Schränke, Scheunen, Häuser, Fabriken, Bergwerke, Strassen und Bahnen bauen musste, kann man heute, wenn man sie in Geld, Wertchriften, Schuldscheine, Bankkonten umtauscht, bequem vor Altersschwund, Dieben, Steuern und Unwetter in einer einzigen Brieftasche viel sicherer aufbewahren.

Mit Ausnahme von starken Inflationszeiten (Geldvermehrung durch den Staat) behält dieses Bar- oder Buch-Geld nicht nur seinen Wert, sondern vermehrt ihn ohne eigenes Zutun noch. Damit erhält das Geld gegenüber allem in der Welt und in der Natur ein starkes Privileg und damit eine Übermacht. Im Gegensatz zum Handel mit allen materiellen Wertgegenständen, die mit der Zeit einer natürlichen Wertverminderung unterliegen, kann der Handel mit Geld (in allen seinen Formen) einen über seinen gegenwärtigen Wert hinausgehenden

Zuschlag verlangen, Kapitalzins genannt (dies ist nicht zu verwechseln mit Mietzinsen). Das Geld kann durch den gesetzlichen Annahmeweg jederzeit wieder risikolos in materielle Werte umgetauscht werden. Bei materiellen Werten muss für einen Umtausch in Geld hingegen zuerst ein speziell interessierter Käufer gesucht werden, was oft mühsam ist.

Nun haben sich in der Hochkonjunktur nach dem Zeiten Weltkrieg überall so grosse Vermögen angesammelt, die alle eine Gelegenheit zur Anlage zu einem möglichst hohen Zinsfuss suchen. Das war nicht so einfach. Denn jedem Reichtum, also hier Darlehen, muss auf der andern Seite eine ebenso grosse Schuld gegenüber stehen. Also musste das Kreditwesen gefördert werden. Dazu mussten die Völker und Regierungen dahin animiert werden, sich etwas zu leisten, bevor sie das Geld dazu haben, also mehr Schulden zu machen. Sodann wird das Anlage suchende Geld auch für Vorhaben angelegt, die in gemeinnützigem und ökologischem Sinn nicht er-

wünscht wären, auch für die weitere Automatisierung, die tausende von Arbeitsplätzen überflüssig macht. So haben die Schulden weltweit in reichen und armen Ländern um mindestens fünfzig- bis zweihundertfach zugenommen. Weil nun aber der Kapitalzins immer vom Schuldner zum Gläubiger fliesst, wird nun die Spanne zwischen arm und reich immer grösser. Das Vorsparen für einen Kauf oder Bau gilt heute als veraltet. Man lebt heute privat und öffentlich eher auf Abzahlung. Für unsere Enkel wirkt das tragisch. Weltweit nähert sich das Einkommen aus Kapitalzinsen und Spekulationen demjenigen der gesamten Lohnsumme, was sicher moralisch anfechtbar ist. Es ist also klar ersichtlich, warum die Wirtschaft in gefährlichem Mass wachsen soll, damit die steigenden Vermögen immer wieder neue zinsgünstige Anlegemöglichkeiten finden können. Sonst würde ja der Zinsfuss langsam auf Null sinken und das arbeitslose Einkommen würde nicht mehr möglich.

H. Kunz, Gümligen

AA – Ältere Auslaufmodelle?

Albert Stadelmann schreibt am 6. Oktober im «Regi» unter dem Titel «Sind ältere Arbeitnehmer Auslaufmodelle?» über Personalchefs und deren «Jugendwahn» – die Realität in unserem Lande zeigt klare Ursachen, warum oft jüngere den älteren Menschen vorgezogen werden: Ältere haben oft grosse Berufserfahrung aber kosten lohnmassig etwas mehr.

Noch wichtiger und unsinniger aber ist unser Pensionskassensystem! Die höchsten Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden im Alter fällig – wahrlich ein Schwachsinn der Gesetzgeber! Hier müsste dringend korrigiert werden!

Willy Schmidhauser,
Dettighofen

www.schweizer-demokraten.ch

Hannes Steffen und Rudolf Keller
danken FM für die grosszügige Spende!



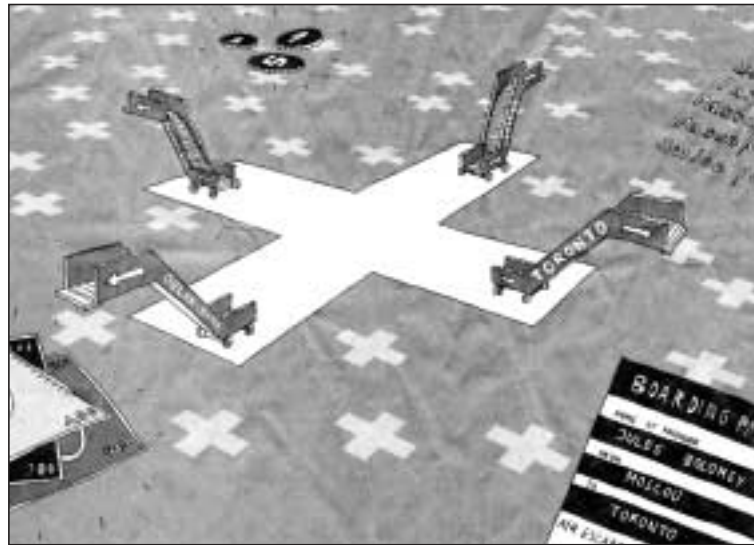
Wie Menschenschmuggler vorgehen

Viele Schweizer Bürger und bei uns ansässige steuerzahlende und ihren sonstigen Pflichten nachkommende Ausländer mögen sich schon gefragt haben, wie es möglich sei, dass Leute x-beliebiger Herkunft und Volksgruppe, die weder Ausweis-papiere noch Reisedokumente auf sich tragen, über unsere internationalen Flughäfen in die Schweiz einreisen und einen Antrag auf Asyl stellen können, obwohl jeder Passagier am Abfertigungsschalter des Abflughafens sein Billett und je nach Nationalität auch ein Einreisevisum für die Schweiz und später an der Polizeikontrolle den Pass oder die Identitätskarte sowie die Bordkarte vorweisen muss. Offensichtlich gibt es im Kontrollsystem der Flughäfen eine Lücke, durch welche die Asylanten und Flüchtlinge schlüpfen können. Aber wo genau?

Die welsche Tageszeitung «Le Temps» ist dem Geheimnis auf die Spur gekommen und beschreibt in ihrer Ausgabe vom 16. Juli 2004 in einem gut dokumentierten Beitrag aus der Feder von Sylvain Besson die Methode einer Menschenschmuggler-Organisation. So macht die in Genf ansässige Reiseagentur Prince Travel durch Mund-zu-Mund-Propaganda jungen reiselustigen Leuten das verlockende Angebot, für einige Tage z.B. nach Neu-Delhi und Moskau zu fliegen, wobei sämtliche Spesen übernommen werden und dem Reisenden erst noch ein Betrag von 1000 Franken ausbezahlt wird. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um einen philanthropischen Akt, der es jungen Menschen ermöglichen soll, ferne Länder kennenzulernen, denn die Gegenleistung, welche der Weltenbummler zu erbringen hat, ist recht eigenartiger Natur. «Le Temps» konnte von drei Personen, welche die genannte Agentur nach Neu-Delhi, Ulan-Bator (Mongolei) oder nach Afrika geschickt hatte, übereinstimmende Zeugenaussagen erhalten.

Komplizierte Route

Das System scheint gut eingespielt zu sein. Zuerst prüft die Agentur, ob die Kandidaten einen Schweizerpass oder eine Niederlassungsbewilligung C haben. Dann erhalten diese einen Flugschein mit einer komplizierten Route wie z.B. Genf – Neu-Delhi – Moskau – Toronto sowie ein Retourbillett nach Genf. Die Firma Prince Travel bestimmt die Reisedaten, küm-



mert sich um die Visa, organisiert alles und bezahlt, wie Charles* erklärte. Laut Jules* stellt die Agentur Leute mit finanziellen Problemen in ihre Dienste. Bei monatlich vier solcher Reisen könne man von dieser Tätigkeit leben. Charles hatte gerade Geld nötig. Für ihn kam der kritische Augenblick in der internationalen Transitzone des Moskauer Flughafens. «Ich musste die auf meinen Namen ausgestellte Bordkarte für den Flug nach Kanada einem Inder, mit dem ich ein Treffen hatte, übergeben. Er hat die Maschine unter meinem Namen bestiegen. Einmal im Flugzeug, hat er die Bordkarte vernichtet und nach seiner Ankunft in Kanada dort ein Asylgesuch gestellt.» Das Treffen fand in der Zone zwischen der Zollkontrolle und der Ausgangstüre zur startenden Maschine statt. Dank Charles' Bordkarte konnte der Inder ein Flugzeug nach Kanada besteigen, obwohl er kein Visum für dieses Land besass. Charles ist von Moskau nach Genf zurückgekehrt und hat kurz darauf die Übung wiederholt. Über Neu-Delhi ging wiederum nach Moskau zur Übergabe der Bordkarte an einen Inder, der an seiner Stelle nach Kanada oder nach London geflogen ist. Charles soll nach eigenen Aussagen 2000 Franken pro Reise erhalten haben. Er meint, dass die indischen Einwanderer für diese Dienste einen hohen Preis – etwa 50'000 Franken – zu zahlen bereit seien, da es für sie sehr schwierig ist, ein kanadisches oder britisches Visum zu erhalten. Es scheint, dass die Zollbeamten am Moskauer Flughafen und die dortigen Angestellten der Luftfahrtgesellschaften nichts gegen diese Schliche einzuwenden haben. Laut Charles gibt es beim

Zustieg ins Flugzeug ab und zu keine Kontrolle, manchmal werden die Angestellten des Flughafens bezahlt, damit sie wegblicken, und manchmal verfügen die Inder über falsche Pässe.

Keine rechtliche Handhabe?

Hubert*, ein Mittelsmann zur besagten Agentur, bestätigt gegenüber «Le Temps» die Existenz dieser bezahlten Reisen. Eine völlig legale Sache. «Du händigst deinen Flugschein jemand anderem aus. Das ist alles. Es gibt überhaupt kein Problem. Rufe M., einen Geschäftsleiter der Prince Travel, Red.) an, der dir alles erklären wird, der die Tarife festsetzt und entscheidet, wohin du gehst.» M., welcher nicht wünscht, dass sein Name erwähnt wird, arbeitet wohl bei Prince Travel und gab sich, auf die bezahlten Reisen angesprochen, gegenüber «Le Temps» höchst erstaunt «Wer hat Ihnen das gesagt? Man muss mir Beweise liefern. Ich stelle zwar Flugscheine für die ganze Welt aus, aber die Leute müssen dafür – wie überall – bezahlen.» Bei einem zweiten Gespräch erklärte M., zwei oder drei Personen bezahlt zu haben, damit sie sich nach Indien begeben, um Dritten Flugscheine auszuhändigen, weil auf die Expresskurier-Firmen kein Verlass mehr sei. Er selber sei auch dafür bezahlt worden, um Personen in Indien diesen Dienst zu erweisen. Was die Schweizer, einmal in Neu-Delhi angekommen, dort machen, sei ihre eigene Sache. Er wisse nichts von einem Tausch der Bordkarten; ausserdem habe er seit einem Jahr aufgehört, Leute für Reisen nach Indien zu bezahlen.

Laut «Le Temps» hat sich die Gen-

fer Justiz in den letzten Monaten jedoch eingehender für die Machenschaften dieser Firma interessiert und ausgiebig Zeugenaussagen angehört. Aber gemäss der Erklärung eines Richters kann die Justiz in einem derartigen Fall nicht viel unternehmen, da die schwarz Eingewanderten die Schweiz gar nicht betreten. Demzufolge liegt keine Übertretung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vor. «Für den Augenblick wenigstens sind die bezahlten Reisen nicht nur einträglich, sondern scheinen in den Augen der schweizerischen Justiz auch nicht illegal zu sein.» Ein vielsagender Schlusssatz!

Bundesbern würde gut daran tun, gegen solch schmutzige Machenschaften, die dem Ruf unseres Landes schaden, mit aller Schärfe vorzugehen, denn die betroffenen geschädigten Staaten, die sich mit diesen illegal Einreisenden herumschlagen müssen, könnten eines Tages Retorsionsmassnahmen gegen die Schweiz ergreifen. Dieser Bericht zeigt wiederum deutlich, dass die schwarz per Flugzeug eingereisten Asylbewerber keineswegs arme, notleidende Personen sind, als welche sie von der Flüchtlingslobby, den zahlreichen Hilfsorganisationen und den Kirchen stets dargestellt werden; selbst dann nicht, wenn der erwähnte Betrag von 50'000 Franken etwas zu hoch gegriffen erscheinen mag.

Der Artikel deckt die mangelnde Passagierkontrolle an gewissen ausländischen Flughäfen – in diesem Fall Moskau – auf. Die Dokumente von Reisenden aus solchen Orten sollten gleich nach der Landung in der Schweiz noch im Flugzeug einer vorläufigen Prüfung unterzogen werden. Wer seine Bordkarte vernichtet hat oder keine Ausweis-papiere besitzt, sollte gar nicht aussteigen dürfen und mit der gleichen Maschine wieder abfliegen müssen. Vergessen wir eines nicht. Ein sogenannter «Papierloser» wird, sobald er Schweizer Boden betreten hat, und sei es auch nur die Transithalle, im Land bleiben und mit Unterstützung der humanitären Organisationen und von deren Anwälten auf Kosten der Steuerzahler durchgefüttert werden.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf und das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement unter Bundesrat Blocher ist gefordert.

(* fiktiver Name)

Max P. Morf

Vernehmlassung Ausdehnung des Abkommens über die Freizügigkeit:

Verrat am Schweizer Volk

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Demokraten lehnen das vorliegende FZA in allen seinen Punkten schärfstens ab und machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass wir, zusammen mit diversen anderen grösseren und kleineren Organisationen, mit Sicherheit das Referendum ergreifen werden.

Da das FZA wie erwähnt für die SD absolut inakzeptabel ist, werden wir uns möglichst kurz fassen, denn bei diesem unhaltbaren Abkommen ist jedes von uns geschriebene (und von Ihnen hoffentlich auch zu lesende) Wort reine Zeitvergeudung.

Einleitung und Zusammenfassung

Der Bundesrat schreibt, dass das FZA für die Schweiz sehr zufriedenstellend sei! Fragt sich nur, für wen in der Schweiz «sehr zufriedenstellend». Zumindest einmal ist unsere sogenannte Landesregierung ehrlich, indem sie – allerdings nur quasi zwischen den Zeilen und nur für den aufmerksamen Leser – schreibt, was sie unter «der Schweiz» versteht, nämlich ausschliesslich die Arbeitgeber und Unternehmen. Beweise gefällig? Hier einige Zitate aus den Vernehmlassungserläuterungen (VE): «Ausdehnung des FZA liegt im wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Interesse der Schweiz». «Die Öffnung des Schweizerischen Arbeitsmarktes erlaubt den Schweizerischen Unternehmern (!) auf ein stark erweitertes Arbeitskräfteangebot zurückzugreifen». «Wegen der Flexibilität des Schweizerischen Arbeitsmarktes können wir aus dem Arbeitskräfteangebot der neuen EU-Mitgliedstaaten den besten volkswirtschaftlichen Nutzen ziehen». Es kommt also ganz klar zum Ausdruck, dass das FZA – genauso wie schon dasjenige mit den «alten» 15 EU-Staaten – einzig den Arbeitgebern zugute kommen wird, indem sie noch viel mehr als bisher von billigen Arbeitskräften profitieren können. Sie kennen hoffentlich den Unterschied zwischen billig und günstig! Wir schreiben deshalb ausdrücklich von billigen Arbeitskräften.

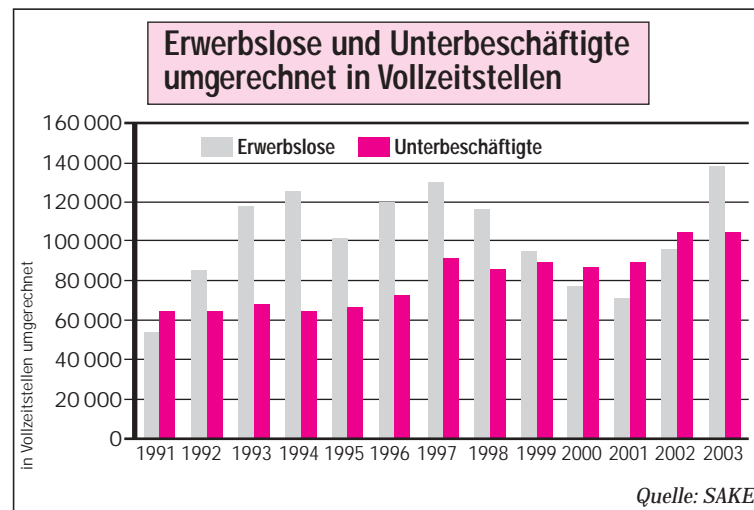
Der allergrösste Teil der Schweizer Bevölkerung, nämlich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, profitieren nicht nur rein gar nichts von dem FZA, im Gegenteil

sind sie die Leidtragenden. Sei es, dass ihre Arbeitsplätze extrem gefährdet sein werden durch billige Leute aus den Ostblockstaaten (die sogenannte «Privilegierung der einheimischen Arbeitnehmer» ist eine Farce) oder, dass die günstigen Wohnungen durch solche Leute belegt würden.

Zu «einheimisch»: Das ist eine der vielen irreführenden Ausdrücke des Bundesrats, die dieser eingeführt hat, um das Schweizer Volk an der Nase herumzuführen. Unseres Wissens ist die Schweiz das einzige Land auf der Welt, welches unter «einheimisch» nicht nur die eigenen Bürger und Bürgerinnen

Integrationspolitik des Bundesrates

«Die Ausdehnung des FZA... liegt vollumfänglich auf der Linie der Integrationspolitik des BR». Auf S. 3 der VE steht dasselbe noch einmal, ausser dass hier auch noch die «Migrationspolitik» erwähnt wird. (Bemerkung: Jeder Mensch mit einem normalen Verstand nennt das Einwanderungspolitik, allerdings verwendet der BR seit Jahren den beschönigenden und irreführenden Ausdruck «Migration»). Die SD fragen sich, worin die angebliche «Integrations- und Migrationspolitik» des BR bestehen soll. Die



versteht sondern alle hier lebenden Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung (leider wissen das sehr viele Schweizerinnen und Schweizer nicht). Die meisten Arbeitgeber besitzen direkt oder via ihre Pensionskassen eigene Wohnungen (es dürfte die Mehrzahl der Mietwohnungen auf dem Wohnungsmarkt sein). Es ist also keine Kunst, die hier wohnenden Schweizer hinaus zu werfen mit dem Argument «Eigenbedarf», weil man sie eben für die neuen, billigen Arbeitskräfte braucht. Die meisten dieser Wohnungen wurden und werden ja für die eigenen Angestellten gebaut.

Wir erachten es aber dennoch für notwendig, auf einige besonders katastrophale Punkte des FZA hinzuweisen; wir können nämlich nur zwischen katastrophalen und besonders katastrophalen Punkten unterscheiden, wobei wir Schweizer Demokraten selbstverständlich die Interessen aller Schweizerinnen und Schweizer berücksichtigen und nicht, wie unsere sogenannte Regierung, nur die der Arbeitgeber.

SD sehen nur, dass der BR seit Jahrzehnten der masslosen Masseneinwanderung, die ausschliesslich den unersättlichen Drang der Arbeitgeber nach immer billigeren Arbeitskräften stillen soll, total hilflos gegenüber steht. Von irgendeiner «Integrationspolitik» ist weit und breit nichts zu merken. Von der «Einwanderungspolitik» ebenso wenig, ausser von der masslosen Einwanderung, die aber höchstens von unserer sogenannten Regierung «Politik» genannt wird.

Lockerung des Ausdrucks «qualifizierte» Staatsangehörige

Dass die Osterweiterung des FZA eine Lockerung der aktuellen «Ausländerpolitik» (wobei auch hier kein Hauch von «Politik» zu sehen ist) in Bezug auf die angebliche «Qualifizierung» von ausländischen Arbeitskräften bringen soll (S. 3 der VE), ist einer der vielen Tiefpunkte dieses FZA. Eine Lockerung der Qualifizierung ist für die SD absolut inakzeptabel, trotzdem es für die SD bereits bei den Bilate-

ralen I von vorne herein klar war, dass die sogenannte «Qualifizierung» bei Bedarf der betreffenden Arbeitgeber nicht ganz so «seriös» gehandhabt werden wird. Es wäre auch das erste Mal, dass unsere sogenannte Regierung Wünschen aus der Wirtschaft nicht nachgegeben hätte. Dem BR ist immerhin zugute zu halten, dass er hier wenigstens offen zugibt, dass er die Qualifizierung nicht ganz so genau nehmen wird wie bei den Bilateralen I vertraglich versprochen worden ist. Diese Lockerung der «Qualifizierung» wird sicher auch auf die 15 «alten» EU-Länder ausgeweitet werden, wenn es nicht anders geht, dann mit der stereotypen Ausrede der «Gleichbehandlung».

Übergangsfristen

Die offizielle Übergangsfrist ist 2011. Wenn man diesen Absatz genau liest, so dauert es aber nur bis 2007, Die Verlängerungen bis 2000 bzw. 2011 sind nämlich nur vorgesehen, falls (wörtlich) «schwere Störungen auf dem Arbeitsmarkt oder in der Wirtschaft nachgewiesen werden oder drohen» (Zitatende). Wer diese «schweren Störungen» feststellt, wird wohlweislich nicht erwähnt. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, dass die wegen des FZA entlassenen, frühpensionierten oder durch sogenannte «Umstrukturierungen» arbeitslosen Personen bei der Feststellung der Schwere der Störungen nicht befragt werden sollen. Mit Sicherheit werden die Arbeitgeber in dieser Sache das Sagen haben und diese werden ebenso sicher nie solche «schweren Störungen» feststellen. Und es ist anzunehmen, dass auch unsere EU-Vögte aus Brüssel hier ein Wort mitzureden haben werden.

Die auf Seite 5 der VE formulierten «speziellen» Bedingungen für verschiedene Kategorien sind für die Schweizer Demokraten selbstredend ebenfalls nicht akzeptabel.

Selbstständig Erwerbstätige

Bei all den Tiefpunkten dieser FZA ist das wohl der tiefste. Selbstständig Erwerbende profitieren demnach ab dem 1 Mai 2004 von der Niederlassungsfreiheit. Eine solche Regelung mag eventuell in einem Staat mit einer einigermaßen funktionierenden Regierung ge-

hen, aber sicher nicht in der Schweiz, deren «Regierung» seit Jahrzehnten faktisch nur auf dem Papier existiert. Wie wird das in der Schweiz funktionieren? Jeder kann in die Schweiz als «selbstständig Erwerbender einreisen und hat dann absoluten Anspruch auf eine Niederlassungsbewilligung, selbstverständlich mit Familiennachzug in auf- und absteigender Linie bis hin zu Grosseltern Tanten, Onkeln usw. Hoffentlich ist unserer sogenannten Regierung auch bekannt, wie leicht man in gewissen Ländern jede gefälschte Geburtsurkunde und andere Dokumente erhalten kann. Sodass man jeden gewünschten Verwandtschaftsgrad «nachweisen» kann.

Wir nehmen gerne an, dass unsere sogenannte Regierung in ihrer Blauäugigkeit bzw. Unfähigkeit nicht weiss, wie das funktionieren wird. Deshalb hier einige Beispiele:

- Man kommt in die Schweiz mit der Behauptung, z.B eine Reinigungsfirma zu eröffnen. Diese Firma besteht dann aus dem Einwanderer selber und eventuell seiner Ehefrau, anderen Familienangehörigen oder Freunden.
- Man eröffnet eine Firma für Personalberatung. Auch so kann man jede Menge weitere Verwandten und Kollegen völlig legal einschleusen.
- Weitere Beispiele: Man eröffnet Ingenieurbüros, Handwerksbetriebe usw., usf.

und wenn dann die Firma (erwartungsgemäss) nicht funktionieren sollte, meldet man halt Konkurs an und geht zum Sozialamt, wo die dummen Schweizerlein bis an sein Lebensende für ihn zahlen können. Dasselbe «Recht» auf Sozial-

halten oder nötigenfalls einführen können. Für Landwirtschaftsland beträgt die Frist generell 7 Jahre, in Polen 12 Jahre (!!!), für Zweitwohnungen 5 Jahre» (Zitatende). Also, aus dem Riesenraum der neuen EU-Länder können Ausländer in

hohlen, ganz abgesehen davon, dass unsere unfähige Regierung niemals Missbräuche bei Versicherungsfällen wird feststellen können, weil sie auch jeden «amtlichen» Blödsinn glaubt. Da kann jeder mit irgendwelchen «Dokumenten» wie Arztzeugnissen usw. kommen; alles wird für bare Münze genommen oder im Zweifelsfall zu Gunsten des «Kranken», «Verletzten» oder «Invaliden» gehandelt werden.

2. Kennzahlen einiger neuer EU-Mitglieder

Das Wohlstandsgefälle						
	BIP/Kopf, in US-Dollar (1)	BIP/Kopf, kaufkraftbereinigt USA=100 (1)	Arbeitslosenquote, in % (2)	Arbeitslosenquote unter 25-jährig, in % (3)	Mindestlohn in Euro (2)	Ausbildung im Dienstleistungssektor in % (1)
Polen	4080	26,4	19,9	41,5	160	24
Tschechische Republik	4340	40,4	7,3	16,3	90	26
Slowakei	3540	32,4	18,6	38,9	98	27
Ungarn	4550	35,2	5,6	10,5	108	34
Slowenien	9120	50,8	7,5	15,7	386	53
Eurozone	20260	68,4	8,4	-	-	50
Schweiz	33390	89,3	3,0	-	-	36

(1) Economist, Zahlen 2000
 (2) OECD (2003) Main Economic Indicators, Zahlen 2002.
 (3) WSI Mitteilungen, 1/2003, Zahlen für 2000

BIP = Bruttoinlandprodukt (Wert aller im Land hergestellten Waren und Dienstleistungen)

In Polen sind die Einkommen bis zu achtmal geringer.
 So sind auch schlecht bezahlte Jobs für Wanderarbeitende noch attraktiv.

hilfe werden selbstverständlich auch alle anderen oben erwähnten Familienangehörigen und eingeschleusten, «arbeitslos» gewordenen Freunde bekommen.

Erwerb von Grundeigentum und Zweitwohnungen (S. 8 der VE)

Hier ist einer der Tiefpunkte, dass die 10 neuen Länder (Zitat) «für eine gewisse Zeit ein Verbot oder Beschränkungen für entsprechende Erwerbe durch Ausländer beibe-

der kleinen Schweiz Landwirtschaftsland praktisch grenzenlos kaufen (die Beschränkungen der Lex Koller sind ausdrücklich ausgeschlossen!!!), aber die kleine Schweiz darf kein Landwirtschaftsland in den neuen EU-Ländern kaufen. Krasser bzw. dümmmer gehts wirklich nicht mehr!

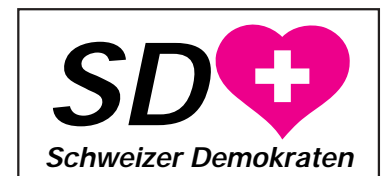
Sozialwesen

Das können wir kurz abhaken. Die Osterweiterung der EU wird unsere Sozialwerke noch mehr aus-

Fazit: FZA ist Verrat am Schweizervolk

Die erwähnten katastrophalen Beispiele sind bei weitem nicht alle Mängel dieses FZA. Was hier unsere unfähigen Bundesräte bzw. ihre ebenso unfähigen Chefbeamten, die sich von den Arbeitgebern einerseits und der EU andererseits regelmässig über den Tisch ziehen lassen, angerichtet haben, kann nicht anders genannt werden als Verrat am Schweizervolk (und bei uns SD sind unter Schweizern nicht auch die gegen zwei Millionen ausländischen Einwohner der Schweiz gemeint!).

Dr. D. J. Najman, Grossrat, SD-Presseschef



Wo bleibt der Kampf gegen die einwanderungsbedingte Übervölkerung

«In der Schweiz ist es insgesamt nicht gelungen, wertvolle Landschaften vor dem Nutzungsdruck des Menschen zu schützen. Die Wirkung des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) ist gering, wie aus der jüngsten Ausgabe der «Umweltstatistik Schweiz» hervorgeht.

Vier Fünftel der Gäste nennen die Landschaft als Motiv für Ferien in der Schweiz. Weil die Bevölkerung immer mehr Raum beansprucht, geht aber immer mehr von der landschaftlichen Vielfalt verloren. Jede Sekunde nimmt die Siedlungsfläche um knapp einen Quadratmeter zu. Um diesem Trend

entgegenzuwirken, sind in der Schweiz rund zwanzig Prozent der Landesfläche durch das BLN geschützt. Weitere zwei Prozent der Landschaft – Nationalpark, Auen, Flachmoore, Amphibienlaichgebiete – stehen unter strengem Schutz.

Laut Bundesamt für Statistik lässt sich ein starkes Siedlungswachstum teilweise auch in jenen Gebieten nachweisen, in denen traditionelle Strukturen wie beispielsweise Streusiedlungen zu den ausdrücklichen Schutzzielen gehören. Überdurchschnittlich hoch ist in den BLN-Objekten zudem der Anteil an Verkehrsflächen, was mit der dezentralen Besiedelung zu-

sammenhängt. Das Schutzkonzept müsse deshalb überdacht, der Vollzug mit klaren Bestimmungen verstärkt werden».

So lautet eine Agenturmeldung der sda. unter dem Titel «Landschaftsschutz ohne Wirkung», die kürzlich in den verschiedensten Zeitungen abgedruckt wurde. Landschaftsschutz in Ehren! Aber wo bleibt der Hinweis auf die Migrationspolitik und die andauernde Bevölkerungsvermehrung, die bekanntlich heute ausschliesslich durch die Einwanderung zu Stande kommt? Solange dieses Problem von einer breiten Öffentlichkeit, den Medien, dem Bundesrat und sämtlichen

Bundesratsparteien einschliesslich der SVP («Wachstum über alles») totgeschwiegen wird, ist der Kampf für die Erhaltung einer unberührten Landschaft und gegen die alles auffressende Bauerei – auch für Verkehrsanlagen einschliesslich öffentlichen! – ein Kampf gegen Windmühlen! Leider ist diese Kritik auch an die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz zu richten, die sich aus politischem Opportunismus oder was für Gründen auch immer, an diesem Totschweigen beteiligt, statt den einzig noch wirksamen Landschaftsschutz der Schweiz zu fordern, den es noch geben kann, nämlich den Stopp der Einwanderung!



Audiatur et altera pars

oder: «Es ist auch die andere Seite anzuhören.»

Unentwegte Angriffe auf das Verbandsbeschwerderecht der grossen Umweltverbände sind in letzter Zeit geradezu ein Renner in der politischen Propaganda, vorab in rechtsbürgerlichen Kreisen der SVP, geworden. Das Instrument wird sogar dafür verantwortlich gemacht, dass die Wirtschaft keinen Aufschwung nimmt. Es wird von einer neuen rot-grünen Mafia gesprochen, eigentliche Teufel werden statuiert, angeblich ständige Missbräuche angeprangert. Um diese eigentliche Hetze zu durchkreuzen, spreche ich jetzt aus langjähriger eigener Erfahrung auf dem wichtigen, aber auch politisch längst nicht voll gewürdigten Gebiet des Natur- und Landschaftschutzes. Meine ersten Begegnungen damit gehen zurück in die Fünfzigerjahre ins schöne Gebiet des Hallwilersees, wo ich 11 Jahre wohnen durfte. Es gab bereits für den See eine kantonale Seeufer-schutzverordnung mit einer schmalen Sperrzone längs des Seeufers und einer darüber liegenden Schutzzone, in der Bauten unter Auflagen erlaubt waren. Die kantonale Seeuferschutzkommission hatte alle Vorhaben in der Sperrzone zu prüfen, Bauvorhaben in der Schutzzone lagen primär in der Kompetenz der Gemeinden. Was nicht im planlich festgehaltenen Gebiet lag, war wie überall im Kanton der Natur- und Heimatschutzverordnung unterworfen, die recht allgemein gehaltenen Zielsetzungen zur Berücksichtigung von Natur, Landschaft und Kulturstätten enthält. In einem, völlig ausserhalb des Dorfes Fahrwangen, an der Grenze gegen die luzernische Gemeinde Aesch liegenden Gebiet, mit dazu schöner Aussicht, war ein luzernischer Unternehmer drauf und dran, die Bewilligung für ein Wochenendhaus zu erhalten. Dank der Aufmerksamkeit einheimischer Persönlichkeiten und der intensiven Beratung des Gemeindevorstandes konnte wegen der schwerwiegenden Konsequenzen ideeller und materieller Art erreicht werden, dass das Baugesuch auch im Weiterzug an den Kanton

abgelehnt wurde. Nicht nur am Hallwilersee, sondern weit herum im Kanton, an besonders schönen Orten, begann damals ein eigentlicher Run zur Erstellung von Wochenendhäusern, was gottlob noch rechtzeitig als grosse Gefahr für die Erhaltung einer intakten Landschaft erkannt und bekämpft worden ist, damals, da es noch keine Raumplanung gab, allein mit der Natur- und Heimatschutzverordnung.

Weitsichtige Persönlichkeiten, insbesondere auch Forstinspektoren wollten auch für die Hallwilersee-gegend eine griffigere Kontrolle von Bauvorgängen. Es kam 1964 zur Gründung des Landschaftsschutzverbandes Hallwilersee, dessen erster Präsident der Schreiber wurde. Da ein Teil dieser Landschaft im Kanton Luzern liegt, wurde auch dieses Gebiet mit Einwilligung von luzernischen Naturschützern mitaufgenommen. Veröffentlichte Baugesuche wurden nun stets eingesehen und nach landschaftlicher Vertretbarkeit beurteilt. Es wurden vor allem Bepflanzungsmassnahmen vorgeschlagen und konkretisiert. Für die dortigen Gemeinden war das neu und kam nicht gerade gut an. Ein juristisch bestehender Verband durfte nun mitbeurteilen und einsprechen. Eine wesentliche Veränderung war dadurch eingetreten, dass sich nun nicht mehr Einzelpersonen eventuell exponieren mussten, und wegen Schutzes der Landschaft eigentlich gar nicht zu Einsprachen befugt waren, sondern ein Verband, der sich auch Konsequenzen zu stellen hatte. Der Anfang war sehr hart, was zu erwarten war. Die Gegner, ein möglichst freies Bauen für sich beanspruchend, hielten mit beissender Kritik nicht zurück, einen neuen Landschaftsvogt brauche man nicht. Nur ganz allmählich und durch gewisse erst kleine Erfolge des Verbandes entkrampfte sich das Verhältnis Gemeinden/Verband. Bei einem vorgesehenen Bau in der Schutzzone, der den Schutzanforderungen gemäss dem Verband zu wenig entsprach, kam es

dann erstmals zu einem Gerichtsfall, der beim Bundesgericht endete und bei dem den Begehren des Verbandes teilweise entsprochen wurde.

Bodenverbrauch

Streifen wir einen weiteren zentralen Punkt, nämlich den unmässigen Boden- und Landschaftsverbrauch in der Schweiz, worüber in den Sechzigerjahren der ETH-Architekt Prof. Rolf Meyer von Gonzenbach eine bemerkenswerte Studie veröffentlicht hat. Er errechnete die beanspruchte Fläche pro Person mit Wohnung, Arbeitsplatz, Infrastruktur, Verkehr mit 440 km². Wenn wir einerseits bedenken dass wir als Kleinstaat seit 50 Jahren einen zumeist importierten Bevölkerungszuwachs von gut drei Millionen nennen müssen, so ergibt dies schon eine beanspruchte Fläche von 132 km² Land, wobei diese Fläche hauptsächlich zu Lasten des fruchtbaren Mittellandes mit nur ca 10'000 km² ging. Das sind dann 1,3 Prozent dieser nicht wie-

der herstellbaren Fläche oder 55 Prozent der Grösse des Kantons Zug. Dabei sind noch viele weitere landverbrauchende Faktoren wie Wasser, Kehrlicht, Kies noch nicht dabei. Das nicht überbaute Gebiet wird durch die überbordende Zivilisation, in der es bald nur noch Menschenwerk gibt, schwerstens beansprucht und geschädigt. Die hauptsächlich mit Spenden und Legaten arbeitenden Naturschutzverbände mit tausenden von Mitgliedern kämpfen für langfristige ideelle und gesellschaftlich immer wichtiger werdende Ziele, versuchen entsprechende Gesetze gegen zersetzende Kräfte der Mechanisierung, des Apparates, des reinen Rationalismus, der Bequemlichkeit und der nur noch vom Momentanprofit geleiteten Tagesinteressen. Ausgerechnet diese Organe sollen entmannt werden durch Abschaffung ihres Beschwerderechtes oder durch Teilabschaffung, was auf dasselbe hinausläuft. Ist das unserer politischen Weisheit letzter Schluss?

Dr. M. Disteli, Olten



Unnötige Tierquälerei wegen EU!

Die Umsetzung einer neuen EU-Vorschrift bringt Millionen von zusätzlichen Tierversuchen. Ratten, Hunde und Kaninchen sollen für Tests über die Wirkung von 30'000 Chemikalien hinhalten. Dabei sind viele der Stoffe schon seit Jahren auf dem Markt. Einige Tests wiederholen Versuche der Privatwirt-

schaft «Wir werden nicht weiser sein, wenn wir zehn Millionen Tiere der Chemophobie einiger Beamter opfern», schmäht Tony Trewavas, Biochemieprofessor an der Universität von Edinburgh. Die Vorschrift soll die Richtlinien für die chemische Industrie in Europa vereinheitlichen.

Aktuelle Meldung: SD Bern gegen Ausländerstimmrecht

Die Schweizer Demokraten (SD), Kantonalverband Bern, nehmen zur möglichen Einführung des fakultativen kommunalen Ausländerstimmrechts und der damit verbundenen Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegengesetzes wie folgt Stellung:

Sowohl die Variante A wie auch die Variante B zur Einführung des fakultativen kommunalen Stimmrechts für Ausländer lehnen die SD entschieden ab. Die SD weisen darauf hin, dass anlässlich der Volksabstimmung vom 4. Dezember 1994 die Einführung des Ausländerstimmrechts auf Kantons- und Gemeindeebene überdeutlich mit 77% und das fakultative kommunale Ausländerstimmrecht immerhin mit 58% abgelehnt wurde. Die Einräumung eines kommunalen Ausländerstimmrechts drängt sich somit keineswegs auf, sondern könnte von breiten Bevölkerungskreisen als Zwängerei einer demokratiedefizitären politischen Kaste angesehen werden.

Generell hegen die SD auch gegen das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene grosse Vorbehalte. Es darf nicht angehen, dass Ausländer sowohl das Stimmrecht quasi zum «Nulltarif» erhalten, ohne auch sämtliche staatsbürgerliche Pflichten (wie etwa Militär-

dienst usw.) zu übernehmen, wie man dies auch von den Schweizerbürgern verlangt. Weiter kritisieren die SD, dass mit der vorliegenden Gesetzesrevision einmal mehr eine sattsam bekannte Salamtaktik angewendet wird, mit dem Ziel, längerfristig das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf Kantonsebene einzuführen. Die Einführung des Ausländerstimmrechts birgt zudem die Gefahr, dass Konflikte zwischen verschiedenen Ausländergruppen (z.B. Türken gegen Kurden; Albaner gegen Serben) auch in unsere Gemeindepolitik hineingetragen werden könnte. Linke Parteien kämpfen deshalb so vehement für dieses Anliegen, um so billig zu Stimmengewinnen zu kommen. Generell wird die Stimmkraft des einzelnen Schweizerbürgers geschmälert, sollten künftig auch Nichtstaatsbürger mitbestimmen dürfen. Die Einführung eines Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene drängt sich somit keineswegs auf, ist staatspolitisch gefährlich und wird anlässlich der bevorstehenden Volksabstimmung durch die Schweizer Demokraten entschieden bekämpft werden.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Kantonalpräsident*

BUCHHECKE

Chalmers Johnson

Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie

(sh) Seit dem 11. September 2001 haben die Mächtigen der Bush-Administration und ihre Hintermänner weitgehend unemerkt von der Öffentlichkeit auch die Innenpolitik der USA verändert. Sie vertreten eine Politik, die mit den Werten der amerikanischen Verfassung unvereinbar ist, sie verspielen die internationale Reputation des Landes – ja sie handeln undemokratisch. Chalmers Johnson analysiert schonungslos die Machenschaften der Falken im Weissen Haus und im Pentagon.

Mit der Devise «Macht vor Recht» passt sich die Bush-Administration aussenpolitisch jedoch den Gepflogenheiten früherer US-Regierungen an. Seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die Vereinigten Staaten zur Kolonialmacht, die ihre Interessen oft mit einer nicht geringen Brutalität verfolgte. Guam, Hawaii, die Philippinen und Puerto Rico wurden okkupiert. Durch den «Erwerb» dieser strategisch wichtigen Stützpunkte schafften sie sich weltweit einen geopolitischen wie auch militärischen Einfluss, der noch wuchs, als nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwei Blöcke entstanden. Nach dem militärischen Eingreifen der USA in Jugoslawien, Afghanistan und Irak erfolgte eine militärische und wirtschaftliche US-Präsenz in diesen Gebieten.

Die USA sitzen nun in West- und auch bald in Osteuropa, in Japan, in Südkorea, im Nahen Osten und in ehemaligen Sowjetrepubliken. Sie kontrollieren damit wichtige Wirtschaftszweige, wobei den Öl- und Erdgasvorkommen besondere Bedeutung beigegeben wird.

Die militärische Präsenz der Amerikaner ist beklemmend: In 139 Staaten haben die USA 211'000 Soldaten stationiert, 26'000 Soldaten tun Dienst auf Kriegsschiffen in allen Weltmeeren; und keine Regierung der betroffenen Länder kann über diese «befreundete» Besatzungsmacht Kontrolle ausüben. Über die NATO und die «NATO-Partnerschaft für den Frieden» üben die USA grossen Einfluss auf

die militärische Entwicklung in den beteiligten Ländern aus – so auch ohne Zweifel bei den Reformbemühungen der Schweiz im Rahmen der «Armee 95» und besonders bei der «Armee 21».

So wurde in den vergangenen Jahrzehnten aus einem Land, das als Wiege der Demokratie gilt, ein Imperium, das mit wachsendem Einfluss seine demokratischen Grundwerte und Überzeugungen über Bord wirft.

Chalmers Johnson kritisiert hart diese Politik, die zynisch die Überlegenheit der Supermacht betont. Die Verachtung der «Bush-Kriege» für die UNO, ihr Widerstand gegen das Kyoto-Protokoll, die Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofes sind Beweise für ihre pervertierte Haltung zu den Grundwerten der amerikanischen Verfassung.



Chalmers Johnson, 1931 in Phoenix, Arizona, geboren. 30 Jahre lang Professor für politische Wissenschaften an der University of California. Präsident des *Japan Policy Research Institute*. Lebt in Cardiff, Kalifornien.

Sein Buch: Chalmers Johnson *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie* 480 Seiten, Gebunden Fr. 38.80 ISBN: 3-89667-226-6.

© Jerry Bauer, I-00153 Rome

JSD -Standpunkt

Zwei junge Schweizer Demokraten beim hl. Bruder Klaus

Es war eine spontane Idee, am Mittwoch, den 29. September, eine Reise in die Innerschweiz zu unternehmen. Bruder Klaus war nicht nur ein Heiliger, sondern auch ein vorbildlicher Patriot. Bis zu seinem 50. Altersjahr arbeitete er als Bauer und bekleidete Ämter als Ratsherr und Richter. Er stellte in jungen Jahren seinen Mann im Krieg. Er war kein Pazifist. Uns war sehr schnell klar, diesen Heiligen müssen wir Schweizer Demokraten anrufen. Er ist unser Landesvater und Friedensstifter. Wenn wir alle ihn innigst darum bitten, wird er uns nicht im Stich lassen. In Anbetracht der zunehmenden Einwanderung von Islamiten, brauchen wir unbedingt die Fürbitte

unseres Landesvaters. Es wäre auch wichtig, dass sein Namenstag zu einem eidg. Feiertag erklärt würde. Aber im Augenblick sollte man keine neuen Feiertage schaffen. Sonst profitieren wieder die nichtchristlichen Schweizer von einem weiteren freien Tag. Es wäre aber angebracht, den hl. Bruder Klaus zum Patron unserer Partei zu ernennen. Er steht über den Konfessionen. Er ist in erster Linie ein Christ und Eidgenosse. Wer sich nicht mit dem Glauben identifizieren kann, kann sich bestimmt mit seinem vorbildlichen patriotischen Leben identifizieren.

*Florian Reischenböck und
Steve Keller, Pratteln*



Kanton Basel-Land



SD: Kinderzulagen braucht's!

Die Schweizer Demokraten begrüssen die kantonale Neuregelung im Bereich Familien-/Kinderzulagen. In Anbetracht der stetig steigenden Teuerung und von konstant zunehmenden Krankenkassenprämien, ist es nach wie vor nötig, Familienzulagen auszusuchen. Über deren Höhe kann man










sich mit Fug und Recht streiten. Die SD unterstützen die vorgeschlagene Variante 1, das heisst Kinderzulagen von Fr. 170.- und Ausbildungszulagen von Fr. 190.- pro Monat. Mit dieser Zulagenhöhe liegt der Kanton Baselland ungefähr im Mittel aller Kantone.

Der Grundsatz «ein Kind – eine Zulage» findet ebenfalls unsere ungeteilte Zustimmung. Auch wenn dies bedeutet, dass künftig etwas mehr Leute in den Genuss dieser Kinderzulagen kommen und folglich ein etwas grösserer Finanzbedarf vorhanden ist. Weiter ist es zu begrüssen, dass diese Leistungen der Teuerung (Basis Juli 2003) anzupassen sind, um so wiederholte politische Diskussionen um die Höhe der Zulagen künftig zu vermeiden.

Die Schweizer Demokraten danken der Regierung, dass sie bereit ist, die Zulagen an die Lebenshaltungskosten im Wohnsitzstaat anzupassen, sofern dem nicht ein Sozialversicherungsabkommen mit einem andern Land im Wege steht.

Fortsetzung Seite 9

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet in den Monaten Dezember 2004/Januar 2005 nicht statt. Ab Februar 2005 wieder jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz. Das Weihnachtsessen findet am 26. November 2004 im Restaurant Brunnenhof, Köniz, um 20 Uhr statt. Anmeldungen bis 19. November an Ch. Seiler, Tel. 031 971 28 09 Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 24. November, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen (Bus Nr. 1, Haltestelle St. Fiden). 15. Dezember: Weihnachtsstamm, 19.30 Uhr im Rest. Hirschen mit Guetzli und Kerzen. Alle sind eingeladen.
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

Anzeige

Hotel-Restaurant MILAN

3852 Ringgenberg

Telefon 033 828 15 20

Fax 033 828 15 25

E-Mail: milan@quicknet.ch

www.hotelmilan.info

www.ringgenberg-goldswil.ch

Möchten Sie in eine private

Alters-Pension

eintreten mit etwas Familienanschluss und auch noch andere Gäste treffen?

Wir bieten schöne, möblierte Einzelzimmer mit Dusche/WC Fernseher und Telefon.

Frühstück normal mit Kaffee, Tee oder Schokolade.

Mittag- und Abendessen mit je einem Getränk inbegriffen.

Täglich Zimmer, Betten reinigen und abstauben. 2-4-wöchentlicher Turnus für neue Bett- und Toilettenwäsche.

Medizinische Versorgung: im Dorf befinden sich zwei Arztpraxen sowie ein Spitex-Dienst.

Kosten: monatlich Fr. 2800.-

Separat verrechnet werden:

Telefon, persönliche Wäsche, Konsumation zwischendurch

Fortsetzung von Seite 8

Der entsprechende Vorstoss, von SD-Landrat Rudolf Keller, aus dem Jahr 1997, kann folglich als erfüllt abgeschrieben werden.

Die Volksinitiative «Höhere Kinderzulagen für alle» verlangt unrealistisch hohe Kinderzulagen. Schön wärs, aber aus finanziellen

und wirtschaftlichen Gründen sind Kinderzulagen in der Höhe von Fr.264.– nicht bezahlbar. Die SD lehnen daher diese utopische Volksinitiative ab und unterstützen als Gegenvorschlag das ausgewogene neue Familienzulagengesetz.

Schweizer Demokraten (SD),
Baselland

und saubere Bundesstadt, gegen den Einbürgerungs-, Asylrechts- und Fürsorgemissbrauch. Vor allem aber wehren wir uns weiterhin gegen die Reitschulbetreiber, welche ihren Rechtsfreiraum auf Kosten der Steuerzahler benutzen. Zur Gewährung der Sicherheit für Bewohner und Besucher Berns ist ein intensiver Einsatz der Polizei erforderlich. Es soll sich jeder Bürger ohne Angst in unserer Stadt an jedem Ort aufhalten können. Viele Vorstösse diesbezüglich wurden eingereicht.



04. Leu-Rüegg
Monika



05. Gagg
Nora



06. Schüpbach
Willy

 **Kanton Aargau** 

Regierungsratswahlen vom 28. November 2004

René Kunz, SD-Kantonalpräsident, Reinach, kandidiert für die am 28. November 2004 stattfindenden Regierungsratswahlen. Im Kanton Aargau sind insgesamt fünf Sitze zu vergeben. Eine Kandidatin und neun Kandidaten stellen sich zur Wahl. Der Kantonalvorstand der SD Aargau möchte allen Stimmberechtigten im Kanton Aargau eine Wahlhilfe anbieten.

nien leer bleiben! So sieht der Stimmzettel für den 28. November 2004 im Kanton Aargau aus!

1. René Kunz
2. Kurt Aeschbach
3. Dragan Najman
4. Marcel Kim
5. Marco Bolliger

Achtung: Für die Berechnung des absoluten Mehrs dürfen keine Li-

Stadtratskandidaten

Unsere Spitzenkandidaten:



01. Riesen-Welz
Lydia,
bisher



02. Beyeler
Dieter,
bisher



03. Meyer
Robert

07. Michel Bruno, 08. Baumgardt Charles, 09. Wenger Andreas, 10. Pulver Adrian JSD, 11. Müller Daniel, 12. Riesen Hans Peter, 13. Andres Bernhard, 14. Kurt André, 15. Pfander Niklaus, 16. Hofmann Barbara, 17. Walpert Toni, 18. Hostettler Daniel, 19. Graber Heinz, 20. Beyeler Waltraud, 21. Blättler Peter, 22. Krebs Agnes, 23. Jordi Urs, 24. Gasser Therese, 25. Soltermann Heidi, 26. Graf Bruno, 27. Lavoyer Hans, 28. Jost Hanna, 29. Kupferschmied Remo, 30. Beyeler Chanchao, 31. Pfäffli Margrit, 32. Muri Johanna, 33. Soltermann Werner, 34. Rohrbach Roland, 35. Beyeler Andreas

Lydia Riesen, Stadträtin Bern

 **Kanton Bern** 

Wahlen vom 28. November 2004:

SD für Sicherheit und Ordnung

Die Schweizer Demokraten, Stadtsektion Bern, beteiligen sich wiederum an den für die Zukunft der Stadt Bern so wichtigen Gesamterneuerungswahlen. Wir werden uns erneut der Herausforderung stellen und nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für einen Sitz im Gemeinderat der Stadt Bern kämpfen. Bern liegt uns sehr am Herzen, daher braucht die Stadt Bern bürgerliche Stadträte mit gesundem Menschenverstand, und einen neuen Gemeinderat mit Kompetenz und Sachverstand, wie uns Schweizer Demokraten.

die Stadt Bern endlich wieder sicherer und sauberer wird.

Wahlziel:

Zumindest die drei bisherigen Stadtratssitze zu verteidigen. Das Wunschziel jedoch ist, Fraktionsstärke zu erreichen.

Die Schweizer Demokraten haben sich definitiv entschlossen, keine Listenverbindungen mit den anderen bürgerlichen Parteien einzugehen.

Begründung: Das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen bürgerlichen Liste für den Gemeinderatskandidaten.

Für eine saubere Bundesstadt

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern sowie die SD Stadträte, setzen sich seit Jahren mit grossem Engagement schwerpunktmässig ein für eine sichere

Der erfahrene Politiker, alt Stadtrat und Polizist Walter Krebs, geb. 1945, verfügt über langjährige politische Erfahrung im Stadtrat. Seine Kompetenz und bürgerliche Haltung wird er der Berner Bevölkerung unter Beweis stellen. Er garantiert auch, dass er sich mit seiner polizeilichen Erfahrung gegen die terrorisierenden Jugendbanden, Drogenhändler und anderen Kriminellen einsetzen wird, damit

Rudolf Wälchli wird 80-jährig

Seit 1962, also praktisch seit es unsere Partei gibt, ist der Berner Oberländer Rudolf Wälchli (aus Goldwil bei Thun) Mitglied unserer SD. Er hat Höhen und Tiefen unserer Partei hautnah miterlebt.

Im legendären Abstimmungskampf um die Schwarzenbach-Initiative 1970 kämpfte Rudolf Wälchli, zusammen mit vielen anderen Schweizerinnen und Schweizern, an vorderster Front für die Erhaltung unserer Heimat. Er hat in seinem Leben tau-

sende und abertausende von Flugblättern verteilt, Unterschriften gesammelt und ungezählt viele Sitzungen und Versammlungen unserer Partei besucht.

Wir gratulieren unserem wackeren Kämpfer sehr herzlich zu seinem 80. Geburtstag am 10. November und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute und vor allem Gesundheit.

Rudolf Keller,
SD-Zentralpräsident



Kanton Thurgau



Eine Woche im Dreck...

Wer hat nicht schon den Kopf fassungslos geschüttelt und verärgert, Schimpfworte und ungläubiges Gemurmel als Bürger und Steuerzahler von sich gegeben? Obwohl Abfallkübel mit wenigen Schritten erreichbar sind, liegen Abfälle haufenweise am Boden, im Rasen, auf den Wegen, in den Beeten, am Strassenrand, auf der Verkehrsinsel, auf den Parkplätzen der Shoppingcenter, an Baustellen, im Busch- und Baumstreifen entlang der Strassen und ganz besonders an den Ein- und Ausfahrten der Autobahnen. Ganz schlimm sieht es im Frühling aus, wenn das Gras, die Büsche und Pflanzen noch nicht ausgeschlagen haben! Besonders deprimierend sehen die Autobahn-Mittelstreifen und die «Grünflächen» rund um Raststätten aus! Je näher man Winterthur oder Zürich kommt, desto gravierender sind die Zustände! Um die tatsächlichen Ausmasse dieser denkwürdigen «Entwicklung» näher erfahren zu können, habe ich beim Thurgauer Strassendienst eine Woche lang gearbeitet. Ausgerüstet mit der nötigen, orangen Arbeitskleidung, Plastiksäcken, Greifzeugen und vielen Hinweisen und Ratschlägen der Verantwortlichen, begann ich morgens mit dem Sammeln der Abfälle bei Autobahnauf- und -abfahrten im

Thurgau, bei Randstreifen, Raststätten und Böschungen. Selbstverständlich wurde alles sorgfältig gewogen und sortiert – so ergaben sich alleine von der rechten Böschung der rechten Fahrbahn Richtung Zürich fünf Säcke Abfall und zwar auf einer Strecke von 1,7 Kilometer. Über hundert verschiedene Waren und Materialien mussten der legalen Entsorgung zugeführt werden, angefangen von Tonbandkassetten, Sexheften, Tücher, Windeln, Zigarettenwaren bis hin zu Spritzen, Verpackungen, Unterhosen, Essensabfälle und vielem mehr... Unglaublich, was die Menschen alles der armen Natur «vor die Füsse werfen»!

Unglaublich auch, was dem Steuerzahler alles zugemutet wird, denn alle diese Aufräumarbeiten und Einsätze müssen bezahlt werden (ich habe es gratis getan.) Und noch etwas, man stelle sich vor, da gibt es Menschen, die jeden Tag den anderen den Dreck aufräumen müssen, obwohl das gar nicht nötig wäre, wenn alle sich anständig und korrekt verhalten würden! Möchten Sie mit solchen Lebenszielen leben und täglich so Ihr Tagewerk beginnen?

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Eine Frechheit des Bundesrates!

Das eben vorgestellte Rüstungsprogramm 2004 für 647 Millionen weisen wir im Namen des Volkes und unserer Verfassung mit grosser Entrüstung und Vehemenz zurück! Wozu braucht unser neutrales Land plötzlich 12 Minenräumpanzer für 129 Millionen? Wo gibt es in der Schweiz eine einzige Mine, die damit geräumt werden müsste? Ebenso energisches Kopfschütteln erzeugen die zwei Transportflugzeuge C-295M für 109 Millionen. Wohin soll denn unsere neutrale Schweiz im kleinen Lande derartige Transporte ausführen?

Das Rüstungsprogramm 2004 ist darum mehr als eine Frechheit gegen Volk und Verfassung! Es ist eine Ohrfeige für jeden mündigen und denkenden Bürger! Unser Land soll mit diesen Rüstungsmitteln in grossen und internationalen Verbänden mitwirken, das ist doch offensichtlich und widerspricht der Neutralität und unserem Volkswillen! Es ist eine unerhörte Zumutung, ja Frechheit gegenüber Steuerzahler, Schweizer Volk und Verfassung!

SD-Thurgau, Kant. Parteileitung

SD: Wir kämpfen gegen die Benachteiligung der Einheimischen Bevölkerung

Aufruf an alle!

Jetzt reicht es! Was haben unsere Zeitungen und Hefte auf den 26. September hin alles manipuliert? Allen voran die Ringierpresse, so «Blick» und Co. Diese Herren machen Politik! Die Redaktoren sind kaum mehr die Diener des Volkes und unserer Demokratie. Sie vermitteln äusserst selten Informationen quer durch alle Parteien!

Das freie Wort ist tot. Diese Redaktoren missbrauchen unsere Demokratie für ihre Ziele, wahr-

lich eine Schande in der «ältesten Demokratie der Welt!» Jetzt diese Blätter meiden! Jetzt die Mitbürger informieren über die gewaltige Manipulation! Jetzt aufzeigen, dass sogar mit Leserbriefen manipuliert wird – im grossen Stile und «Blick» ist leider lange nicht die einzige Zeitung! Jetzt die Pflöcke einschlagen! Danke im Namen unseres Landes!

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau



Kanton Zürich



Abstimmungssieg trotz Widerwärtigkeit

Die zwei Einbürgerungsvorlagen-Mogelpackungen sind glücklich gescheitert. Gegen die gesamte Classe politique CVP, SP, FdP, EVP, Grüne, die Ringier-Presse usw. Einige Grossmedien (Blick, Sonntagsblick) und in ihrem Schlepptau leider auch einige Regionalzeitungen im Zürcher Unter- und Oberland haben allerdings eine ziemlich unrühmliche Rolle gespielt. Die Inserate des gegnerischen Komitees wurden – wohl in Absprache – rundweg zur Veröffentlichung abgelehnt. Obwohl deren Angaben genau den amtlichen Statistiken entsprachen und eben die (schmerzhaften) verschwiegenen Tatsachen aufdeckten. Das sollte eine Demokratie jedoch aushalten! Dieses undemokratische Verhalten hat nun trotzdem die verdiente Quittung erhalten. Die

von Bundesbern und obigen Parteien gezielt oder naiv verschwiegenen Pferdefüsse dieser schlimmen zwei Mogelpackungen wurden dank dem verdankenswerten, grossen und aufklärerischen Einsatz des Komitees um Nationalrat Ueli Schlüer und den Rechtsparteien verdienterweise bachab geschickt. Die – man kann es leider nicht anders sagen – Manipulationsversuche einiger Zeitungen und Journalisten durch Annahmeverweigerung von Inseraten haben im Volk nicht verfangen. Vielleicht haben sie Inserate gar nicht nötig? Es gilt nun endlich, die Lehren aus solchen Vorkommnissen zu ziehen, speziell auch darum, dass der Begriff Journalismus im Volk nicht zum Schimpfwort wird.

SD, Bezirk Dielsdorf, P. H. Kuhn

Liebe SD- und Rätselfreunde

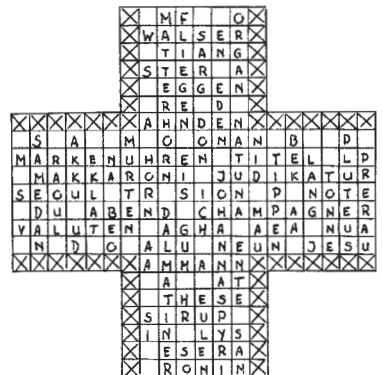
Wieder ist ein Monat vergangen, und wir hatten einiges zu tun. Gerade hat das Stimmvolk sich klar zu den Einbürgerungen neuer Ausländer an der Urne geäussert. Für mich ein genugtuendes Resultat, mit der Gewissheit, dass doch unsere SD-Botschaft verstanden wird. Nun ist es aber keineswegs Zeit, die Hände in den Schoss zu legen. Es gibt noch viele Bereiche, die aufgearbeitet werden müssen, so z.B. die persönliche Freiheit, Gesundheit und allgemeines Wohlergehen.

Dies kann nur funktionieren, wenn täglich neue Ideen kreiert, und auch umgesetzt werden. So macht das Leben auch weiterhin Spass. Es gilt ein Gleichgewicht herzustellen, zwischen dem Harten, Kämpferischen, Ernsthaften und meist Alltäglichen sowie den spielerischen und schönen Dingen des Lebens. Unter diesem Motto kann auch die neue Rätsel-Runde angegangen werden. Ich habe wieder ein Rätsel ausgearbeitet, das speziell für den Betrieb der Schliess-

Schliesstechnik Heiniger
8180 Bülach

Tel. G 01 860 36 84
Natel 078 707 36 84
Notfall 079 352 36 84

www.schluesselheiniger.ch
E-Mail:
info@schluesselheiniger.ch



Lösung: HELVETIA

<p>Ort im Kr. ZH Eltern- teil</p> <p>Stroh- unterkoge Raub- katze</p> <p>dt. Pop- sängerin Männer- name</p>											
<p>Schaf- rasse gesetz- lich</p> <p>frucht- bare Ebene</p> <p>Mittlaut</p> <p>griech. Buchst.</p> <p>Banken- sturm kurz: in dem</p> <p>Chem.-Z. Neodym unseres Wissens, Abl.</p>											
<p>Arbeits- weise Instand- setzung</p> <p>Runzel altägypt. Titel</p> <p>Stadt in Brasilien ägypt. Göttheit</p> <p>Bergst. im Kr. GR komisch, urtüml.</p> <p>Tapfer- keit engl. Luft- waffe, Abl.</p> <p>Reklame machen Waren- prüfung</p> <p>arab.: Gipfel Krank- heit</p> <p>dt. Bundes- präsid.</p> <p>norweg. Dichter Vokal</p> <p>Ein- treffen</p> <p>Schmal im Durch- lass</p> <p>Schliess- vorricht- Doppel- mittlaut</p>											
<p>geschickt, klug Form von haben</p> <p>Matur Stadt im Tibet</p> <p>Empfeh- lung Stadt auf Sizilien</p> <p>ital.: sechs holländ.: eins</p> <p>Fluss in England Mineral</p> <p>Stadt in Paten Märchen- wesen</p> <p>Mittlaut</p> <p>weibl. Schwein</p>											
<p>geist. Be- hebung Esels- laut</p> <p>8. Buch- stabe Mittlaut</p> <p>Mittlaut</p> <p>Fluss in Italien japan. Gewicht</p> <p>ital.: sechs holländ.: eins</p> <p>Fluss in England Mineral</p> <p>1/2 von: Hefz Mittlaut</p> <p>Tier- kadaver Vokal</p> <p>Liebe- volle Be- zeichnung</p> <p>3</p> <p>Oper von Mozart</p>											
<p>Engl.: jeder ent- decken</p> <p>Umlaut</p> <p>Matte- entst.: ja</p> <p>2. Buch- stabe Initialen v. Bennett</p> <p>Chem.-Z. Ickur Männer- name</p>											
<p>japan. Zier- strauch</p> <p>Vokale von: Best CH Kan- ton, Abl.</p> <p>Mittlaut</p> <p>Ehem- Turner</p>											
<p>CH- Maler Mittlaut</p> <p>franz. Vers- dichtung</p>											

Gewinnen Sie im Oktober:

- 1. Preis: 3 Schlüsselfundmarken
- 2. Preis: 2 Schlüsselfundmarken
- 3. Preis: 1 Schlüsselfundmarke

im Wert von je Fr. 25.-, für 10 Jahre
gesponsert von Schliesstechnik Heiniger,
Bülach

Lösungswort und Absender auf
Postkarte schreiben und einsenden an:
Schweizer Demokraten SD,
Kreuzworträtsel,
Postfach 140, 3655 Sigriswil

Einsendeschluss ist der
Samstag, 6. November 2004 (A-Post) –
Viel Glück!

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz
geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

L ö s u n g : 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

technik Heiniger in Bülach ausge-
richtet ist. Achten Sie bitte auch
auf die gefragten Ausdrücke in die-
sem Zusammenhang. Roland Hei-
niger, der Inhaber dieser Firma,
hat sich als ideenreicher Ein-
Mann-Betrieb bei Schlossreparatur-
en, Schliessanlagen und Ein-
bruchschutz einen Namen ge-
schaffen. Weitere Ausführungen
können Sie selber unter: www.

schluesselheiniger.ch im Internet
entnehmen. Herr Heiniger freut
sich aber auch über jede persön-
liche Reaktion.

Werbung

Zudem möchte ich an dieser Stelle
nochmals erwähnen, dass diese
Seite als «Werbe-Seite» jedermann
zur Verfügung steht. Das Konzept
des Kreuzworträtsels ist vorgege-

ben. Kleine oder mittlere Betriebe,
Institutionen oder auch Einzelpersonen,
können sich ein auf sie zu-
geschnittenes Rätsel gestalten las-
sen. Dabei werden persönliche Prä-
ferenzen berücksichtigt. Gerne
berate ich Sie zu diesem Angebot.
Bei Interesse genügt ein Anruf un-
ter 033 251 05 34. Oder auch eine
schriftliche Kontaktaufnahme un-
ter Schweizer Demokraten, Post-

fach 140, 3655 Sigriswil ist mög-
lich. Ich freue mich auf Euch!
So bleibt mir nur noch Euch allen
einen schönen, nicht zu strengen
Herbstmonat zu wünschen. Solle
jeder für sich wenigstens einen
Wunsch in Erfüllung gehen lassen!
Stellt Euch vor, wie wir uns danach
aufgestellt fühlen... Nun, bis bald.

Barbara Zbinden, Sigriswil



Arbeiten wie ein Neger

Sogar als Friedhofsgärtner bleibt man nicht von negativen Erlebnissen mit Ausländern verschont. Ich hatte das «Glück», ein paar Jahre mit einem Kosovo-Albaner zusammenzuarbeiten und der hatte eines Tages nichts besseres zu tun, als über die Schweiz zu lästern. Hier die genaue Wiedergabe dessen, was er sagte: «Scheisse Schweiz! Ich muss arbeiten wie eine Neger! Ich bin keine Sklave! Immer nur Stress, hü hü, schnell, schnell und dummi Schnurre von Chef!» Auf die Frage von einem Arbeitskollegen, wieso er denn nicht zurück in den Kosovo gehen würde, sagte er, er bleibe noch ein paar Jahre hier, um Geld zu verdienen. Dann gehe er nach Hause, wo er sowieso ein eigenes Haus gebaut habe und daran sei, es einzurichten.

Ein paar Monate später liess er sich einbürgern, damit er kein Visum mehr beantragen muss, wenn er in die Ferien geht. Dafür ist die Schweiz wohl gut genug, damit der «feine Herr» gemächlich in die Ferien fahren kann. Aber sich einbürgern lassen, weil ihm das Land und die Sitten gefällt, wo er lebt, das habe ich wohl geträumt!

Ich würde ihm gönnen, dass er den Schweizer Pass wieder abgeben müsste, wenn das Einbürgerungsamt wüsste, was er über unser Land denkt. Das ist auf jeden Fall ein Grund, am 26. September zweimal Nein zu den Einbürgerungsinitiativen zu stimmen. So machen sich Ausländer nicht beliebt!

Patrick Barisi, Spiegel bei Bern

Unschweizerisches Verhalten

Mit Hass und Wut auf einen Volksentscheid zu reagieren, so geschehen und kommentiert von Mitgliedern des Netzwerks Secondo, ist nach Abstimmungen in der Schweiz unüblich und wird von der angestammten Bevölkerung mit Unverständnis und einem berechtigten Mass an Misstrauen zur Kenntnis genommen. Nach einem solchen unschweizerischen Verhalten nach einem klaren Mehrheitsentscheid des Souveräns stellt sich die dringende Frage, ob diese Secondos, die offensichtlich klar mit einer erleichterten Einbürgerungsausgangslage gerechnet haben, wirklich so in unserer Tradition und Kultur verankert sind, wie es uns die Befürworter

der Vorlagen glaubhaft machen wollten. Ist eine solche Hassreaktion nicht eher ein Zeichen von einem alarmierenden Manko betreffend Kenntnisse von Demokratie und Volksrechte? Volksentscheide sind zu respektieren, auch wenn man auf der Verliererseite steht. Enttäuschte gibt es nach jeder Abstimmung, aber Hass und Wut, das ist neu, und stimmt mehr als nur nachdenklich. Nach erfolgter Ablehnung der Vorlagen haben die Betroffenen jedoch jetzt die Zeit, sich die Überlegungen zu stellen, wie weit wohl der eigene Integrationsmassstab wirklich dem erforderlichen Schweizerischen Standard entspricht.

Dieter Beyeler, Stadtrat, Bern

Weitere Bauernopfer vorprogrammiert!

Bundesrat Blocher plädiert anlässlich seines Auftritts an der Olma für unternehmerisches Handeln unserer Landwirte. Das ist in Ordnung, dort, wo es möglich ist. Doch gibt es in der Schweiz unzählige Klein- und Kleinstbauernbetriebe (Bergbauern), wo unternehmerische Gedankenspiele allein nichts nützen, weil die geografische Lage des Betriebes schlecht ist, die Bauernfamilie jedoch an ihrem «Heimetli» hängt und dieses nicht einfach aus wirtschaftlichen Gründen verlassen will. Herr Blocher ist ein Freund des freien Marktes. Er weiss jedoch – so hofft man – dass gewisse unweg-

sam gelegene Bauernbetriebe – auch der Landschaftspflege wegen – halt eben doch auf Subventionen (Direktzahlungen) angewiesen sind. Denn diese leisten einen äusserst wichtigen Dienst zur Erhaltung und Förderung des Berg- und Wandertourismus. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass die Schweizerische Landwirtschaft im Zuge der Globalisierung, sprich Marktöffnung, grösstes Nachsehen erleidet, solange keine wirksame Einschränkung gegen Massenimporte der Grossverteiler erfolgt...

Marcus Stoercklé, Basel

Schweizerischer Schweizer?

Ich lese heute im St. Galler Tagblatt: Privates Autorennen fordert zwei Tote. Bei einem Opfer handle es sich um einen 18-Jährigen aus Serbien-Montenegro. Der zweite Tote sei ein 18-jähriger Schweizer. Nun lese ich den Zürcher Tagesanzeiger und da steht, dass der zweite

Tote ein 18-jähriger Schweizer serbisch-montenegrinischer Herkunft sei.

Warum konnte oder durfte ich im St. Galler Tagblatt nicht dasselbe lesen, was im Tagesanzeiger steht?

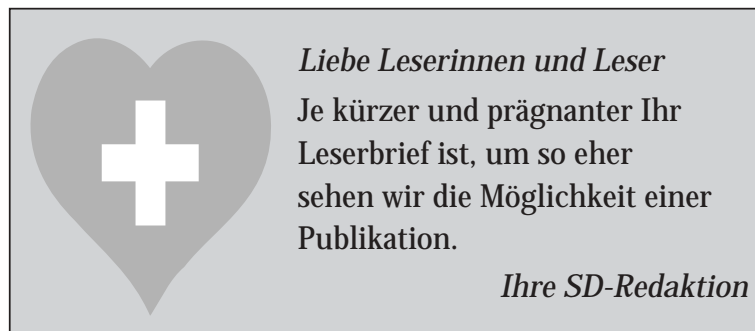
Kurt Koller, Lichtensteig

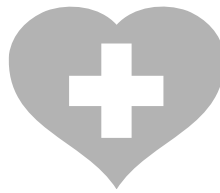
Die heutige Politik erschwert eine gute Tierhaltung

Als Bauer mache ich mir auch zur Landwirtschaftspolitik unserer Landesregierung Gedanken. Heute haben wir Landwirte und die ganze Landwirtschaft mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese werden nicht von Bauern verursacht. Auch die Tiere leiden darunter. Die Ursachen liegen in der Politik des Bundesrates. Diese Politik ruiniert die kleinen und mittleren Bauern. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) und die bilateralen Verträge mit der EU zwingen auch grössere Landwirtschaftsbetriebe, zu billigsten Preisen zu produzieren. Das ist mit den hohen Auflagen an die Schweizer

Landwirtschaft für Gesundheit, Tierschutz und Umwelt aber nicht zu vereinen. So werden wir Bauern und damit die gesunde und sichere Ernährung geopfert. Eine tierfreundliche Landwirtschaft passt nicht in einen freien Welthandel. Deshalb ist harte Kritik an der Politik des Bundesrates nötig. Die Landesregierung hat sich an den Verfassungsauftrag zu halten. Dies bedeutet, dass die Schweiz aus der WTO austreten muss. Die Preise dürfen nicht ins Bodenlose fallen. Und die Konsumenten müssen bewusster einkaufen.

Hans Jörg Fischer, Kantonsrat SD, Forch





Un pour tous, tous pour un!



Mary Meissner,
Vernier

Ayant reçu plusieurs coups de téléphone qui demandaient pourquoi le journal du mois d'octobre n'avait pas été distribué, je me suis adressée à monsieur Rudolf Keller, le président du parti, qui m'a informée que ce numéro ne paraîtrait pas, pour des questions de difficul-

tés financières. Il y aura quelque chose à mi novembre et un numéro en décembre. Espérons que ce ne sera pas le dernier, vu que ce journal est le seul lien qui unit les Démocrates suisses face à la montée de l'UDC. Mais c'est aussi le seul journal qui ose poser les vraies questions et crever certains abcès cachés en lettres minuscules dans la presse quotidienne ou passés comme chat sur braise à la radio et télévision.

Quant aux thèmes de fond comme l'or, la Turquie, les dessous de l'UE, les raisons du terrorisme, les dangers liés à l'islam ou aux naturalisations, le pétrole, la bourse et ses

bulles, ou l'américanisation des mœurs, nous sommes toujours les premiers à dévoiler et dénoncer la désinformation ou les véritables causes. Les autres journaux quotidiens et même les magazines n'entament ces sujets que quelques semaines plus tard. Si vous voulez vraiment continuer à apprendre tout ce qui se passe dans le monde en priorité et sans fard, je pense que nous devons nous serrer les coudes afin que puisse survivre ce lien unique, donc en acceptant de payer au moins fr. 50.- l'abonnement pour 2005 et verser ce montant avant le 31 décembre au moyen du bulletin de versement

inclus dans le Démocrate Suisse. De toutes façons la presse nationale et mondiale se trouve face aux mêmes difficultés financières depuis l'intervention d'Internet d'une part et de la main mise des grands éditeurs-distributeurs français comme Hersant sur les journaux et magazines d'autre part, qui augmentent le prix des abonnements sans vergogne.

Quant à moi, je vous assure que je travaille bénévolement et je paie mon abonnement comme tout le monde.

D'avance merci à tous sous la devise «un pour tous, tous pour un».

Double passeports

Jusqu'à la disparition du mur de Berlin, la question des double passeports était importante pour les ressortissants suisses ayant épousé des citoyens originaires des pays de l'Est. En effet, pour aller rendre visite à leurs familles de part et d'autre des frontières, il était recommandé de présenter l'un ou l'autre de ces documents, ce qui m'est arrivé plusieurs fois, afin d'éviter des quiproquos ou des contrôles trop tâtilons. Hélas! Cette situation se reproduit aujourd'hui entre ressortissants étatsuniens et autres voyageurs étrangers quels qu'ils soient, et c'est même pire.

En somme, cette question de double nationalité ne concerne pas les sentiments que l'on ressent vis-à-vis de deux, parfois trois pays, mais des liens affectifs qui nous unissent à une personne et aux avantages que nous avons de vivre dans telle ou telle région. Nationalité ou pas, je connais des cas où le mari de ma collègue de bureau originaire du Texas ne veut pas prendre fait et cause pour les USA. Il n'y retournera pas pour y habiter mais emploiera son passeport américain pour aller voir très courtoisement ses parents. Pour ma part, mon passeport polonais est

resté dans mes papiers de famille parfaitement oublié et je ne voyage qu'avec mon passeport suisse qui me facilite le passage des frontières. Ma voisine libanaise se sert de l'un ou de l'autre de ses passeports suivant dans quel pays elle se rend, comme elle le ferait d'un billet d'avion.

Donc, pourquoi faire tant de bruit autour d'une suggestion que je trouve absurde pour la majorité des gens, mais pas tellement stupide s'il s'agit d'une question de réciprocité vis-à-vis de pays qui exigent le renoncement à une double nationalité, ou si le conjoint est citoyen d'un pays terroriste. Mais cela est déjà officialisé sans qu'il soit besoin d'édicter une nouvelle loi.

D'autre part, qui a parlé de confisquer tous les passeports des époux étrangers? Nous nous trouvons entre un mot et un document. Quel serait le coût de la mise en place d'un tel service de contrôle? Quelle balance pourrait peser le patriotisme des uns et des autres? Cette question est un orage dans un verre d'eau et il serait temps de cesser d'en faire un fromage.

Maria de Seimners, Genève

Le Pileri

On aura tout vu

Non seulement une nouvelle polémique éclate au sujet des propositions faites par le syndicat Vallorbe de restreindre le déplacement des 150 réfugiés qui sont encore au centre et dont l'un vient d'attaquer au cutter trois ressortissants suisses parce qu'il avait été débouté, mais on apprend que quatre voleurs ont dérobé au Val Ferret en Valais 32 sonnaillles d'une valeur de 20'000 francs. Il s'agit de quatre ressortissants albanais qui sont venus plusieurs fois dans les étables pour emporter vers l'Italie ces lourds matzons pesant environ 10kg chacun et comme ils étaient trop lourds, ils en ont planqués quelques uns dans des rochers le long du col de la Fenêtre conduisant au Val d'Aoste pour venir les rechercher, mais ils ont été arrêtés et ont reconnu les faits.

Il y a mieux!

Nos voisins français se mettent à nous faire des ennuis à la suite des votations négatives sur les naturalisations. A l'aéroport Charles de Gaulle ils regardent nos passeports avec dédain et fouillent les bagages d'une manière arrogante. Aux protestations des passagers, ils répon-

dent, qu'ils traitent les Suisses de la même manière que nous traitons les étrangers.

Qu'attendent nos autorités pour demander aux autorités portuaires françaises de prendre en considération les 40'000 frontaliers à qui nous donnons du travail à Genève si nous traitons mal ces étrangers qui gagnent mieux leur vie grâce au travail qu'ils trouvent chez nous!

Zurich n'est pas épargné

La police zurichoise a mis fin à deux bandes de 23 cambrioleurs de Serbie-Montenegro qui avaient commis 38 délits pour un montant de plus de 250'000 francs et des dégâts pour 180'000 francs. Un autre ressortissant de la même région a été pris en flagrant délit dans un parking où il tentait d'arracher un distributeur de tickets. Il n'avait que 18 ans. La valeur n'attend pas le nombre des années.

Octopus



Concernant la double nationalité

Je ne vois pas où est le problème de n'avoir qu'un seul passeport. Dans son cœur on reste toujours l'enfant de sa terre natale et le passeport ne change rien à l'affaire. Toutes ces années, par mariage, plusieurs de mes sœurs et des amis ont obtenu sur demande, ou automatiquement, le passeport du pays de leur conjoint. D'autres connaissances ont dû choisir, comme moi à vingt ans, la France ou la Suisse et du fait que j'avais fait mes études ici, j'ai opté pour la Suisse, ce qui ne m'a jamais posé un cas de conscience. J'aurais été un garçon, j'aurais choisi la France pour aller à St.-Cyr.

Cependant, affirmer comme le fait Oskar Freysinger, que dans cer-

tains cas il y a des «double pensants» est exact, car abstraction faite du passeport, nous sommes tous, à des niveaux différents des double pensants. Les musulmans, les Falung Gong, les franc-maçons, les scientologues, les prosopéiques ou les adorateurs de l'occulte pour ne citer que ceux là, sont des double-pensants qui bénéficient encore, comme les bi nationaux, de la liberté de pensée, «sans flicage de la vie privée». Il y a aussi ceux qui doutent et font des recherches sur Jésus, sur la Genèse, l'ancien testament, la kabbale, ou même Dieu, et écrivent des livres à ce sujet qui ne sont pas encore poursuivis par des articles de lois. Mais les personnes qui dissertent,

critiquent ou font des recherches sur les camps de la mort, sur la shoah, sur les races ou sur la Palestine et Israël, et qui sont de ce fait double-pensants, sont poursuivis par une jolie loi muselière 261^{bis} qui les oblige à suivre la pensée unique, le politiquement correct, en un mot, leur interdit d'être «double pensants». Cet article a ouvert la boîte de Pandore et quoi qu'on fasse, les hommes ne cesseront pas de penser, de se poser des questions, et de choisir le moment venu leur camp, même au péril de leur vie en se faisant sauter.

Pourquoi jeter la pierre à ceux qui ne pensent pas comme nous? Pourquoi demander la tolérance

d'un côté et l'interdire de l'autre? Pourquoi les juges qui sont des hommes aux convictions politiques affirmées sont ils obligés d'accuser d'autres hommes désignés à la vindicte de quelques uns? Orwell avait raison. L'injustice passe par le «Grand Frère» qui nous a terrorisé pendant 70 ans et qui a contaminé nos esprits, en semant le doute partout.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

L'incroyable imposture

Un humaniste bëlant de gauche naturellement, vient de déposer une plainte pénale selon l'art. 261^{bis} de la Constitution, contre Ulrich Schlüer, UDC, Bâle, auteur des annonces publicitaires mettant en garde l'Occident et la Suisse, contre l'invasion musulmane liée au droit du sol que le Conseil fédéral veut adopter pour tous les enfants de la 3^e génération nés dans notre pays. Les suiveurs qui n'ont rien compris au stratagème mis en place par le monde musulman pour islamiser la planète soutiennent la naturalisation facilitée et automatique tout en insistant sur le fait qu'il ne faut pas faire l'amalgame entre les musulmans et les islamistes.

Or, en parallèle, voilà que des revendications terroristes sont émises depuis Lausanne sur un site internet ouvert par un forum islamiste basé en Suisse et qui public des communiqués incitant à la haine (contre les infidèles dans le monde entier), sans que ces mêmes humanistes s'en offusquent et déposent plainte au nom de ce même article 261^{bis}. Serait-ce parce qu'il s'agit d'un Tunisien de Lausanne, ami d'El Qaïda et de Ben Laden? Ulrich Schlüer lui, n'est qu'un petit Suisse ne faisant que signaler un fait patant pouvant engendrer des conséquences dangereuses. Après cela comment peut-on ne pas faire des amalgames?

Les médias suisses et français parlent d'une tribune libre pour le Tunisien, mais dénie ce même droit à Ulrich Schlüer notre concitoyen. Est-ce parce qu'il est UDC?

En tout cas les Français osent écrire «que ces terroristes envoient grâce à ce Lausannois (?), l'homme étant Tunisien, sur un site qui est hautement punissable, des communiqués qui incitent à la haine par ce moyen de propagande».

Il n'y a plus qu'à attendre le verdict de notre justice qui jusqu'à présent s'est montrée partielle envers des

citoyens suisses qui refusent, sans pousser à la haine, la pensée unique souvent basée sur des recherches historiques.

Quelle est la différence entre les communiqués sur internet et les annonces dans la presse? Toutes devraient être jugées à l'aune de l'impact produit où et sur combien de personnes? *Mary Meissner*

Trop ou trop peu gâte tous les jeux

Depuis quelque temps il me semble que les médias mentionnent, trop souvent Tariq Ramadan. La controverse qui se matérialise aujourd'hui avec le livre de Catherine Fourest renforcera certainement la peur de l'islam au sein des populations occidentales. L'UDC, la première a pressenti cette recrudescence du rejet d'une religion totalitaire très défavorable aux femmes, et pour cela elle reçoit les injures de partis ne voyant pas plus loin que le bout de leur nez.

Ces partis sans s'en rendre compte, font de la propagande pour Tariq Ramadan qui gonfle son importance et on le voit dans son regard dédaigneux et supérieur regardant droit dans la caméra de la photo publiée en grand dans le journal du 21 octobre. Le silence étant la meilleure arme contre le prosélytisme serait le bienvenu. La France l'a compris concernant Jean-Marie

le Pen dont on n'entend plus parler. Il en va de même pour tous les musulmans ou musulmanes à qui l'on donne la parole, ce qui augmente la propension à désobéir au sujet du voile et autres colifichets interdits.

Ce n'est pas la bonne solution non plus concernant les mariages forcés, et les crimes d'honneur comparables à la lapidation.

Pour jauger quelqu'un, ne demande-t-on pas une description de ses antécédents et un certificat de bonnes mœurs? Sachant quels sont les parents de Tariq Ramadan et les horreurs commises par les Frères musulmans (rappelons-nous le massacre du temple de Hachepsout) en Egypte, il y a lieu de se poser des questions sur la sincérité de ses propos et de faire une meilleure analyse du contenu ambigu de ses réponses.

Charlotte Morel

Problèmes franco-suisses

Le chômage en France augmente chaque jour, délocalisations, restructurations et mondialisation coupables. En Suisse aussi, ce problème a tendance à augmenter mais en moindre proportion, sauf à Genève, où, fait avéré, les 40'000 frontaliers français qui, depuis l'ouverture des frontières à la suite de la signature des bilatérales, passent la frontière chaque jour pour venir travailler en Suisse ont fait un bond de 3000 en trois mois. Pendant ce temps, nos propres chômeurs présentent le taux de 7.2% le plus élevé de Suisse.

De plus, avec quelques milliards de dettes dans les budgets fédéraux et cantonaux, les discussions font rage aux sein des divers départements des finances pour savoir où et à qui diminuer les subventions et autres frais superfétatoires que chacun s'acharne à prétendre indispensables.

De ce fait, la moutarde monte aux nez des fonctionnaires surtout, qui non seulement vont manifester leur rancœur dans les rues, mais commencent à mettre en cause les frontaliers engagés à raison de 1000 par mois, alors qu'il y a tellement de chômeurs disponibles sur le marché de l'emploi, et que de plus on les accuse de provoquer le dumping salarial. Naturellement les patrons réfutent de telles accusations prétendant payer tous les travailleurs de la même façon, alors pourquoi donner la préférence aux Français vrais ou de papier? Tenez vous bien, il paraît que c'est une question de sourire... Ils savent mieux sourire que nous. Pour certains emplois concernant l'accueil de la clientèle, passe encore, mais est-il nécessaire de savoir sourire aux machines et autres bidules électroniques? Peut-on nous faire croire que ces 3000 frontaliers supplémentaires sont tous engagés dans des services clients? Les membres des partis UDC, Démocrates suisses et même socialistes avaient mis en garde nos autorités à ce sujet, mais la mondialisation n'a pas de frontières et les promesses de contrôles rendent les fous joyeux. Combien de contrats de

travail montrent-ils des salaires promis, alors qu'en réalité les montants sous la table sont moindres. Bref la colère monte et quelques esprits plus culottés que d'autres menacent de fomenter une révolution.

Surtout que l'ouverture des frontières comprend l'établissement, l'achat de terrain (qui se raréfie dans le canton de Genève) et la location sans restriction, ce qui fait que dans ce canton seulement, nous avons 2% d'appartements disponibles et quels appartements? Les Suisses vont donc s'établir en France, pays de Gex, Ain, Savoie, faisant augmenter les prix de l'immobilier, et doublant le trafic automobile, créant en même temps un autre genre de frontaliers qui paient une partie de leurs impôts sur France et font leurs achats sur place, privant nos marchés genevois de clients.

Beaucoup parlent de zones économiques incluant l'agriculture, la distribution de l'eau, les stations d'épuration et l'élimination des déchets, mais il y a la barrière de l'euro, du taux des impôts, des diverses assurances, des prix à la consommation, des transports de plus en plus sollicités, des péréquations financières et parfois de la façon d'appréhender le travail lui-même.

Genève, avec ses 4 milliards de dettes, dont deux sont imputables à la très mauvaise gestion de la BCG (banque cantonale genevoise), n'est pas encore sortie de l'auberge, et en cas d'augmentation des impôts, il faut s'attendre aux graves remous dans la population, ce qui égratignera d'autant la réputation de la Genève internationale.

Tous ces commentaires qui ressemblent à une critique ne sont en fait de ma part qu'une constatation désabusée. Mais lorsqu'on voit ce qui se passe ailleurs, on ne peut que s'enfoncer davantage dans un sentiment d'impuissance, puisqu'en parallèle l'empire étasunien sème la ruine et la mort partout sur notre planète.

Mary Meissner, Vernier

Votations fédérales

Les pompiers pyromanes

L'annonce des résultats des votations sur les naturalisations facilitées a fait l'effet d'un cyclone dans le monde médiatique. Mettons-nous à la place de l'intelligentsia des bien-pensants: quoi? après tout le battage que nous entretenons depuis un mois, réunissant le gouvernement, les partis politiques (sauf deux), les media, télévision en tête, les sondages tirés de nos chapeaux, les milieux économiques, les Eglises et les organisations caritatives, se faire coiffer au poteau? L'âpreté des commentaires du lundi matin dénote bien l'importance du désarroi: le peuple suisse serait xénophobe, peureux, raciste, oublieux d'une tradition d'asile, etc, etc.

Selon une tactique vieille comme le monde, quand la situation vous échappe, il faut trouver un responsable, une victime expiatoire. Dans le cas particulier, on désigne l'UDC, ce qui arrange fort bien des partis en perte de vitesse. C'est oublier que sur un sujet aussi émotionnel que celui de faire Suisses des dizaines de milliers d'étrangers, l'opinion de la moitié des électeurs était faite d'emblée: accueil à bras ouverts (ou à bras raccourcis?). Restaient les indécis de l'autre moitié, ceux qui font le succès ou l'échec d'une votation. D'où la manipulation à grande échelle que nous avons vécue. Là

se trouve l'erreur manifeste des partisans du double oui: au lieu de chercher à éteindre le feu émotionnel qui couvait encore chez les destinataires de l'action de propagande entreprise, les pompiers pyromanes n'ont fait que souffler sur les braises, provoquant l'incendie, le double non. Il y a en effet un moment où l'accumulation de bonnes paroles, d'articles, d'éditoriaux, de conseils gratuits, devient indigeste, sent de loin la manipulation d'opinion et provoque l'effet contraire à celui recherché.

Le résultat est là et l'UDC, même avec quelques pamphlets provocants n'y a pas changé grand-chose. Par contre, pour l'avenir, les partis politiques devraient faire attention à ne pas laisser à une seule formation l'avantage de se trouver aux côtés de 51 à 57% de l'électorat actif.

Enfin, que les Neuchâtelois, Valaisans et autres Romands ne se glorifient pas de l'altruisme que leur prêtent les commentateurs. Plus désinvoltes que les Suisses allemands, ils ont oublié les conseils d'Ulysse et négligé de s'attacher au mât tant que durait le chant des sirènes. Pour le reste, qu'il vienne d'un côté ou de l'autre de la Sarine, un oui ou un non a la même signification.

Jean-Pierre Margot, Neuchâtel

Schengen, mon beau souci!

Il aura fallu les insultes et les crachats sur les affiches et les accusations soi disant exagérées et fallacieuses de l'UDC concernant la criminalité majoritaire des étrangers en Suisse, pour qu'enfin les plus virulents des cracheurs admettent la véracité de ces «mensonges». Ce sont les premiers, pour défendre Schengen-Dublin, qui aujourd'hui, concoctent des affiches semblables à celles de l'UDC et l'on se demande s'ils mentent pour désinformer le peuple ou s'ils profitent de ce climat délétère pour se libérer de leurs propres dissimulations, afin de soulager leur conscience.

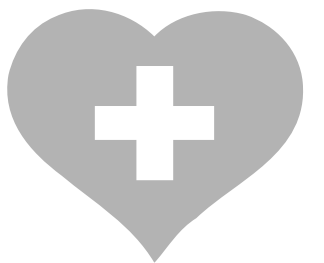
Economiesuisse en admettant maintenant indirectement que les chiffres indiqués; par UDC étaient exacts juste pour gagner la bataille de Schengen qui lutte d'abord contre la criminalité internationale,

vient un peu tard. Ne dit-on pas que l'union fait la force? Au lieu de critiquer la volonté de Christof Blocher de nettoyer les écuries d'Augias, tous se seraient unis pour trouver une solution, Schengen aurait été, bien agencé, une cerise sur le gâteau. Au lieu de cela, du jour au lendemain les frontières ont été ouvertes, les invectives ont fusé, les mensonges ont remplacé les statistiques et aujourd'hui les bancomats sont arrachés par des cables d'acier, tirés par des voleurs venus de l'Est.

Par dessus le marché, Economiesuisse a le culot de déclarer dans les médias «notre campagne d'affiches des mains qu'on menottes et d'une empreinte digitale, n'est pas xénophobe.» Qui a dit que c'était de la xénophobie? Phobie, oui, mais Schengenphobie.

Maria de Seimners, Genève

**Démocrates
Suisse**



Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Osterweiterung des Freien Personenverkehrs für Schweizer Demokraten inakzeptabel

Für die Schweizer Demokraten ist die Ausweitung des Freien Personenverkehrs auf die 10 neuen EU-Länder absolut inakzeptabel. Wie schon bei den Bilateralen I richtet sich das Freizügigkeitsabkommen (FZA) für die Osterweiterung ausschliesslich nach den Wünschen der Arbeitgeber. Dass die zu erwartende Masseneinwanderung billiger Arbeitskräfte sich gegen die schweizerischen Arbeitskräfte richtet, kümmert unseren Bundesrat nicht, solange er damit sei-

nen Parteifreunden aus der Wirtschaft dienen kann. Wenn man den Familiennachzug berücksichtigt, wird das FZA auch einen riesigen Druck auf günstige Wohnungen bringen. Unter dem Strich richtet sich das FZA also eindeutig gegen die Interessen der schweizerischen Arbeitnehmer und Mieter, und diese bilden ja die grosse Mehrheit des Schweizer Volkes.

Der Freie Personenverkehr dient also keineswegs dem «Schweizer Volk», sondern nur einer Minder-

heit, nämlich den Arbeitgebern und Vermietern und selbstverständlich auch dem Baugewerbe mit seiner weit überdurchschnittlichen Menge an ausländischen Arbeitskräften.

Die Schweizer Demokraten haben deshalb schon heute beschlossen, das Referendum gegen die Osterweiterung des Freien Personenverkehrs zu ergreifen.

Dr. D. J. Najman, Grossrat,
Pressechef SD Schweiz

Gewährleistung der Meinungsäusserungs- freiheit/Aufhebung der Rassismus-Strafnorm

Motion Bernhard Hess

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Gesetz auszuarbeiten, welches im Rahmen demokratischer Meinungsbildungsprozesse und Auseinandersetzungen die freie Meinungsäusserung in jedem Fall gewährleistet und durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen einschränkt. Insbesondere ist der Artikel 261 bis StGB (Rassismusartikel) ersatzlos zu streichen.

Begründung

Gemäss Urteil 6S.318/2003 des Bundesgerichts vom 27. Mai 2004 wurde die Anwendung des Rassismus-Artikels erheblich ausgeweitet. Künftig gilt eine verunglimpfende Bemerkung bereits dann als öffentlich und damit strafbar, wenn sie nicht in engem privatem Rahmen erfolgt ist. Und das ist nur der Fall, wenn die fraglichen Äusserungen «im Familien- und Freundeskreis oder sonst in einem durch persönliche Beziehungen oder besonderes Vertrauen geprägten Umfeld erfolgen». Als Fallbeispiel wird

dafür just der Spruch am Stammstisch erwähnt. Ausgerechnet die berühmte Entgleisung am Stammstisch war vor zehn Jahren im Vorfeld der Abstimmung litaneiartig als eine weiterhin straflose Dummheit dargestellt worden, als es darum ging, die Bedenken gegenüber der Gesetzesnovelle lächerlich zu machen. Von Gesinnungsjustiz könne keine Rede sein, hiess es, man wolle bloss der organisierten Hetze einen Riegel zu schieben.

Mit der jetzt erfolgten Ausdehnung des Öffentlichkeitsbegriffs, die das Bundesgericht nun vollzogen hat, kollidiert das Anti-Rassismus-Gesetz (ARG) mit zentralen Grundrechten wie der Meinungsäusserungsfreiheit. Selbst ARG-Befürworter klagen zudem über mangelnde Erfolge. Von jährlich rund 50 Prozessen, die nicht einmal die Spitze des Eisbergs erfassen, münden rund die Hälfte in einen Freispruch. Eine äusserst mager Ausbeute. Bereits 1999 forderte die damalige Bundesrätin Ruth Metzler die Ausdehnung des Öffentlichkeitsbegriffs. Klüger wä-

re es aber, die unselige Strafnorm ersatzlos zu streichen und es mit einer anderen Medizin zu versuchen. Das Grundanliegen – der Schutz der Menschenwürde – ist unbestritten. Gravierende rassistische Attacken sind sowieso meist mit anderen Straftaten verbunden und lassen sich allenfalls auch unter dem Titel der Ehrverletzung ahnden. Unhaltbar rassistische Diskriminierung bei Dienstleistungen könnte problemlos auf zivilrechtlichem Weg bekämpft werden, zumal sie auch gegen das in der Verfassung verankerte Gleichheitsgebot verstösst. Die freie Meinungsäusserung ist in jedem Falle zu gewährleisten und durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen, welche oft im Rahmen demokratischer Auseinandersetzungen instrumentalisiert werden (Rassismuskleule), einzuschränken.

Diese SD-Motion wurde am 8. Oktober mit über 50 Mitunterzeichnenden aus SVP, FDP, EDU und Lega dei Ticinesi im Bundeshaus eingereicht.

SD jubeln zu 2 x Nein bei Einbürgerungen

Die Schweizer Demokraten sind in höchstem Masse erfreut, dass sich das Schweizer Volk von unserem Bundesrat und der grossen Mehrheit des eidgenössischen Parlaments nicht hat übertölpeln lassen. Vor allem nicht verfangen hat die sonderbare Definition des Bundesrats über die 2. und die 3. Generation. Das Stimmvolk hat bewiesen, dass es sich vom Bundesrat nicht mehr jede Lüge gefallen lässt. Die Schweizer Demokraten hoffen, dass nach dieser schallenden Ohrfeige an die Anti-Schwei-

zer die erleichterten Einbürgerungen für sehr lange Zeit vom Tisch sind. Während die Abstimmung über erleichterte Einbürgerungen 1994 nur am Ständemehr gescheitert war, ist diesmal auch eine grosse Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen eine erleichterte Einbürgerung. An diesem Resultat kann auch der Bundesrat nichts zu deuteln haben. Will unsere Landesregierung noch den letzten Anschein von Volksverbundenheit bewahren, müssen Ideen über erleichterte

Einbürgerung nun endgültig in die tiefsten Schubladen versenkt werden. Mit dem Ja zur Mutterschaftsversicherung und dem Nein zur Post-Initiative können die SD «leben»; diese beiden Resultate, die anders als unsere Parolen ausgefallen sind, werden durch die beiden Nein zu den erleichterten Einbürgerungen bei weitem in den Schatten gestellt. Die Unabhängigkeit der Willensnation Schweiz möge auf ewig leben!

Dr. Dragan Najman, Grossrat,
Pressechef SD Schweiz